

Protokoll 1/2026

Grosser Gemeinderat von Zug

**Sitzung vom Dienstag, 20. Januar 2026, 17:00 – 21:10 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug**

Vorsitz: Ratspräsident Ivano De Gobbi

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsident Ivano De Gobbi eröffnet die 1. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder **Nina Koller** und **Thomas Weiss**; 37 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind zu Beginn der Sitzung anwesend.

Später erschienen: **Barbara Gisler** (17:20 Uhr)

Stefan W. Huber (18:40 Uhr), **Maria Hügin** und **Gabriela Furrer Auf der Maur** (beide 21:00 Uhr) haben die Sitzung um vorzeitig verlassen. **Alex Odermatt** vertritt **Stefan W. Huber** als Stimmenzähler.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Traktandenliste

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 14/2025

- 1.1 14/2025 – GGR-Protokoll vom 9. Dezember 2025

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

- 2.1 Gregor Hofer, ALG-CSP, Mitglied

- 2.2 Jonas Inglin, SP, Mitglied

3 Kommissionsbestellungen / Wahl des Büros

- 3.1 Büro GGR: Ersatz-Ernennung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der weiteren Fraktionen; Johannes Hegglin, ALG-CSP

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

- 4.1 Postulat der SP-Fraktion vom 14. Dezember betreffend «Das Stadtmodell soll der Bevölkerung zugänglich gemacht werden»

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

- 5.1 Motion der SVP-Fraktion vom 3. Dezember 2025 betreffend «Minigolf der Stadt Zug eine Betriebskatastrophe – Neu denken, neu machen!»

- 5.2 Postulat der SP-Fraktion vom 14. Dezember betreffend «Das Stadtmodell soll der Bevölkerung zugänglich gemacht werden»

6 Politische Sachgeschäfte

- 6.1** 2970 SR – Informatik: Projekt Zugkunft, Auslagerung der Informatik in eine selbständige Betriebsorganisation (ITS Zug AG); Schenkung je einer Aktie an die Zuger Gemeinden

- 6.1.1 2970.1 GPK – Informatik: Projekt Zugkunft, Auslagerung der Informatik in eine selbständige Betriebsorganisation (ITS Zug AG); Schenkung je einer Aktie an die Zuger Gemeinden

- 6.2** 2975 SR – Hochbau: Neubau Hallenbad und Sportanlagen; Wettbewerbskredit

- 6.2.1 2975.1 BPK – Hochbau: Neubau Hallenbad und Sportanlagen; Wettbewerbskredit

- 6.2.2 2975.2 GPK – Hochbau: Neubau Hallenbad und Sportanlagen; Wettbewerbskredit

7 Nicht behandelte Geschäfte der Sitzung vom 21.10.2025, 18.11.2025 und 09.12.2025

Nicht behandelte Geschäfte der Sitzung vom 21.10.2025

- 7.1 2966 SR – Postulat der FDP-Fraktion vom 8. Januar 2024 betreffend «Erarbeitung einer städtischen Soziokulturstrategie für mehr Gemeinschaft statt Anonymisierung in unseren Quartieren»
- 7.2 2968 SR – Interpellation der Fraktion Die Mitte vom 1. Juli 2025 betreffend «Wann ist ein bedarfsgerechtes schulergänzendes Betreuungsangebot Realität?»

Nicht behandelte Geschäfte der Sitzung vom 18.11.2025

- 7.3 2969 SR – Motion D. Meyer, GLP, und Mitunterzeichner, vom 14. November 2024 betreffend «Residenzwohnungen und weitere Wohnformen für's Alter».
- 7.4 2973 SR – Postulat der FDP-Fraktion vom 4. Oktober 2024 betreffend «Zeitgemässes Recycling in Zug – Plastik und Getränkekartons jetzt nachhaltig entsorgen!»
- 7.5 2974 SR – Postulat der FDP-Fraktion vom 11. September 2024 betreffend «Flächendeckende Abdeckung mit lebensrettenden Defibrillatoren»
- 7.6 2972 SR – Postulat der FDP-Fraktion vom 17. Juni 2025 betreffend «Vorfinanzierungen vor der Inflation schützen und für zukünftige Generationen erhalten»
- 7.7 2971 SR – Interpellation D. Amrein, ALG, vom 31. Juli 2025 zum geplanten 'Abriss Bleichmattweg 6'

8 Parlamentarische Vorstösse

- 8.1 2976 SR – Postulat der SVP-Fraktion vom 29. August 2024 betreffend «Damwild im Zurlaubenhof? – JA!».
- 8.2 2977 SR – Interpellation von P. Steinle, ALG, und Mitunterzeichner vom 22. August 2025 betreffend «Umbau der Bushaltstelle Oberwiler Kirchweg»
- 8.3 2980 SR – Interpellation der Fraktion Die Mitte vom 17. Juni 2025 betreffend «Besetzung der kaufmännischen Lehrstellen- und Praktikumsplätze bei der Stadtverwaltung»

9 Mitteilungen

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 1/20256

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste ist somit stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und das Protokoll Nr. 14/2025 zur Sitzung vom 9. Dezember 2025 demnach stillschweigend genehmigt ist.

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Gemäss § 4 der Geschäftsordnung kann kein Mitglied des Rates vor Abgabe des Gelöbnisses oder des Eides an den Verhandlungen des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug teilnehmen.

2.1 Gregor Hofer, ALG-CSP, Mitglied

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass **Gregor Hofer** den Eid gewählt hat, und bittet ihn, nach vorne zu treten, um den Eid abzulegen.

Stadtschreiber Beat Werder liest **Gregor Hofer** die Eidesformel vor. Dieser legt den Eid mit den Worten «Ich schwöre es» ab.

Die im Saal Anwesenden applaudieren.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Gregor Hofer ist ab sofort berechtigt, an den Verhandlungen und Abstimmungen des Grossen Gemeinderats teilzunehmen. Ich wünsche dir, Gregor, viel Freude bei der Arbeit und freue mich auf die Zusammenarbeit im Grossen Gemeinderat.

2.2 Jonas Inglin, SP, Mitglied

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass **Jonas Inglin** das Gelöbnis gewählt hat, und bittet ihn, nach vorne zu treten, um das Gelöbnis abzulegen.

Stadtschreiber Beat Werder liest **Jonas Inglin** die Gelöbnisformel vor. Dieser legt das Gelöbnis mit den Worten «Ich gelobe es» ab.

Die im Saal Anwesenden applaudieren.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Jonas Inglin ist ab sofort berechtigt, an den Verhandlungen und Abstimmungen des Grossen Gemeinderats teilzunehmen. Ich wünsche dir, Jonas, viel Freude bei der Arbeit und freue mich auf die Zusammenarbeit im Grossen Gemeinderat und in der Fraktion.

3 Kommissionsbestellungen

3.1 Büro GGR: Ersatz-Ernennung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der weiteren Fraktionen; Johannes Hegglin, ALG-CSP

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass die Fraktion ALG-CSP Frau Gemeinderätin **Magdalena Carlen** als Ersatz von **Johannes Hegglin** vorschlägt.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass keine weiteren Nominationen erfolgen und **Magdalena Carlen** in stiller Wahl ins Büro GGR gewählt ist.

Die im Saal Anwesenden applaudieren.

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

4.1 Postulat der SP-Fraktion vom 14. Dezember betreffend «Das Stadtmodell soll der Bevölkerung zugänglich gemacht werden»

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Stadtmodell für die Bevölkerung zugänglich gemacht werden könnte.

Begründung

Die Stadt Zug hat ein sehr schönes und grosses Stadtmodell, das in der Regel im «Gubel» ein ungerechtfertigtes Schattendasein fristet. Für die Erstellung und um es à Jour zu halten, wird jedes Jahr Geld ausgegeben (KST 4100 - 3130.44).

Im Rahmen der Mitwirkung zur Ortsplanungsrevision haben sich viele Leute am Stadtmodell erfreut, es weckte mindestens so viel Interesse wie die Unterlagen zur Ortsplanungsrevision selber. Zudem interessierten sich die Besuchenden sehr für die Projekte. Es wurde diskutiert, über die Äussere Lorzenallmend, aber auch für das Landis&Gyr-Areal. Bei einigen Personen war auch offensichtlich, dass sie noch etwas Mühe hatten, sich zurecht zu finden, aber alle freuten sich, wenn sie ihr Zuhause fanden. Andere Städte machen ihr Modell auch zugänglich, so z.B. Zürich <https://www.stadtzuerich.ch/de/planen-und-bauen/stadtplanung/stadtmodell.html>, aber auch Basel oder Biel.

Mit diesem Postulat wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, wie das Stadtmodell der Bevölkerung zugänglich gemacht werden könnte. Wir können uns z.B. vorstellen, dass dies 1x im Monat öffentlich zugänglich ist. Ob dies an unterschiedlichen Tagen (z.B. immer am 15.) oder immer am gleichen Tag (z.B. am letzten Samstag im Monat) sein könnte, soll aufgrund der Praktikabilität und Erfolgchancen festgelegt werden. Sollte die Prüfung positiv ausfallen, könnten wir uns einen Testbetrieb vorstellen. Wir sind der Meinung, die Steuerzahlenden bezahlen jedes Jahr etwas an das Modell und haben somit das Recht, das Modell auch anschauen zu können. Zudem bietet es gute Chancen Projekte (Bebauungspläne, aufliegende Baugesuche) zu zeigen und erklären, nicht nur in Bezug auf die Parzelle, sondern auch im Gesamtkontext der Stadt. Information ist Mitwirkung und somit wird hoffentlich die Stadtentwicklung auch für mehr Leute verständlich. Bestenfalls können Einsprachen reduziert werden.

Ergebnis

Das Postulat ist an der heutigen Ratssitzung unter Traktandum 5.2 zur Überweisung traktandiert.

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

5.1 Motion der SVP-Fraktion vom 3. Dezember 2025 betreffend «Minigolf der Stadt Zug eine Betriebskatastrophe – Neu denken, neu machen!»

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass zur Überweisung das Wort verlangt wird.

Jérôme Peter

Wir beantragen die Nichtüberweisung der Motion. Die SP-Fraktion ist sich einig, dass der angeschlagene Ton im Motionstext und besonders im Titel nicht gewürdigt werden darf – wir wollen einen solchen respektlosen Ton nicht akzeptieren und kommentarlos dastehen lassen.

Es kann gut sein, dass die Meinungen, wie ein städtischer Minigolfplatz auszusehen hat, auseinandergehen und sich einige vielleicht etwas anderes wünschen. Aber den Ort als Schandfleck zu betiteln, ist gegenüber den vielen Menschen, die den Ort gerne besuchen und schätzen, und gegenüber den Pächterinnen und Pächtern, einfach nur respektlos.

Eine Interpellation oder ein Postulat mit nüchternen Fragen zum Betriebskonzept, wie das Angebot bei der Bevölkerung ankommt, wie die Stadt den Betrieb kontrolliert etc., hätten wir sicher gutgeheissen. Aber diese Motion, wie sie hier vorliegt, wollen und können wir nicht akzeptieren.

Aus diesen Gründen beantragen wir die Nichtüberweisung.

Wir danken euch für eure Unterstützung und hoffen, dass ihr ebenfalls nicht zulässt, dass wir diesen respektlosen Umgang mit unseren Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern akzeptieren.

Martin Iten

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Bühler, liebe SVP-Fraktion, es ist absolut inakzeptabel, einem Pächter der Stadt, der offenbar seit 14 Jahren seinen Verpflichtungen stets nachgekommen ist und der vorgängig gemäss eigener Aussage nie mit den massiven Vorwürfen konfrontiert wurde, in derartiger Weise in der Öffentlichkeit zu denunzieren.

Dieses Vorgehen ist im Gegenteil ein Missbrauch der parlamentarischen Instrumente, die uns als Gemeinderäte anvertraut sind und die wir mit Verantwortung und Bedacht einzusetzen haben. Diese hohe Verantwortung haben wir auch gegenüber Personen wahrzunehmen, die in unserer Stadt Anlagen pachten und in Eigenverantwortung ein Gewerbe betreiben.

Die extrem harte Aussage, die Minigolfanlage sei ein Schandfleck für Zug, ist massiv geschäftsschädigend und im Tonfall absolut vergriffen.

Die tatsächliche Situation mit der Minigolfanlage ist wie folgt: Sie ist bei der breiten Bevölkerung durchaus beliebt und besonders im Sommer auch mit ihrem einfachen kulinarischen Angebot, das für Zuger Verhältnisse preislich moderat ausfällt, viel besucht.

Niemand streitet ab, dass die Anlage auf der Schanz ein bisschen in die Jahre gekommen ist. Einer Renovation seitens der Stadt würde wohl auch die Pächterschaft gerne zustimmen.

Als ALG-CSP-Fraktion wehren wir uns aber, dass in dieser Stadt alles auf High-Society und «Cüpli-obenuse»-Niveau getrimmt wird. Hört auf, Zug an allen Stellen eurem elitären Optimierungswahn zu unterziehen und alles auf Hochglanz zu polieren. Es darf in Zug auch ein einfaches, schlichtes Beizli

für Normalos, für Familien und weniger gut betuchte Menschen geben. Die Minigolfanlage ist genau ein solcher Ort, der allen Bevölkerungsschichten offensteht und der niederschwellig zugänglich ist.

Aufgrund des absolut unangebrachten Tonfalls dieser Motion und wegen der unfairen Vorgehensweise schliessen wir uns der SP-Fraktion an und beantragen ebenfalls die Nichtüberweisung.

Noch besser wäre es, wenn die SVP-Fraktion Courage zeigen würde und die Motion – so, wie sie vorliegt – zurückzieht.

Mariann Hegglin

Aus Sicht der Mitte-Fraktion zeichnet diese Motion ein sehr zugespitztes Bild. Betrachtet man die jüngsten Leserbriefe und Rückmeldungen aus der Bevölkerung, relativiert sich der Eindruck eines sogenannten Schandflecks deutlich. Viele Nutzerinnen und Nutzer empfinden die Anlage weiterhin als attraktiv und gut besucht.

Kritisch zu beurteilen sind einzelne Aspekte in Bezug auf das Alter der Anlage. Diese rechtfertigen jedoch weder die dramatische Gesamtdarstellung noch den Eindruck eines grundsätzlichen Versagens.

Sinnvoller ist aus unserer Sicht eine sachliche und verhältnismässige Überprüfung der Unterhalts- und Pächterpflichten, statt einer alarmistischen Zuspitzung.

Die Mitte-Fraktion lehnt deshalb diese Motion ab und beantragt die Umwandlung in ein Postulat.

Marco Laubacher

Ein Schandfleck in der Stadt Zug, sozusagen ein Ding der Unmöglichkeit. Wir sehen das Ganze nicht so dramatisch wie die Motionäre. Uns ist es jedoch ebenfalls ein Anliegen, dass die Minigolfanlage an der Schanz regelmässig kontrolliert wird und bauliche Massnahmen sowie Instandhaltungsarbeiten oder Erweiterungen zeitnah umgesetzt werden, sodass die Minigolfanlage weiterhin ein attraktiver Treffpunkt zum Verweilen und Spielen ist.

Zudem bin ich mir sicher, dass die Bahnen für den Frühling überarbeitet und in Schuss gebracht werden, denn auf den Winter hin hat dies wenig Sinn, wenn mehrheitlich schlechtes Wetter, Schnee und Eis dem Bahnbelag zusetzen.

Aus diesem Grund beantragt die FDP-Fraktion eine Umwandlung in ein Postulat und hofft auf eure Unterstützung.

Marcus Bühler

Ich beginne dieses Votum mit einer Entschuldigung, und zwar bei all jenen unter Ihnen, die den Motionstext als zu scharf, also zu direkt formuliert, empfunden haben. Es ist auch nicht die Absicht unserer Fraktion, den Pächter abzustrafen. Nein, als Eigentümerin der Minigolfanlage beziehungsweise des betreffenden Grundstücks steht die Stadt Zug in der direkten Verantwortung.

Viele von Ihnen sind jedoch auch der Meinung, dass beim Zustand der Minigolfanlage auf der Schanz nun schlicht und einfach Tacheles geredet werden muss. Wer sich vor Ort selbst ein Bild gemacht hat, weiss: Mit etwas Kosmetik und dem Schönreden der Sachlage ist es nicht getan. Es muss gehandelt werden. Und zwar nicht mit einer blossen Bemühungszusage, wie sie vom Stadtrat als direkte Replik auf unsere direkte Anfrage zum veralteten Zustand der Minigolfanlage bereits abgegeben wurde.

Was jetzt gefragt ist, ist, dass sich die Eigentümerin, die Stadt Zug, rasch, seriös und umfassend mit der Situation auseinandersetzt.

Wenn Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dies nicht möchten, dann stimmen Sie gegen die Überweisung dieser Motion; mit der Konsequenz, dass sich wenig bis gar nichts ändern wird.

Wenn nun einige von Ihnen die Umwandlung – wir haben es gehört – in ein Postulat vorschlagen, dann dürfen zwei Dinge ganz sicherlich nicht passieren:

Erstens: Wie bei den WC-Anlagen der Männerbadi, dass sich nach Monaten des Wartens nichts tut beziehungsweise keine nachhaltige Lösung gefunden wurde und hier am Rednerpult erneut gemahnt beziehungsweise abgemahnt werden muss.

Und zweitens: Dass es bei einer weiteren Bemühungsbekundung des zuständigen Stadtrats bleibt. Diese haben wir bereits mehrmals vernommen und dennoch ist wenig bis gar nichts passiert.

Aus- oder nachbessern nützt nichts. Der Auftrag an die Stadt Zug muss eindeutig sein und deshalb lauten: Minigolf – neu denken, neu machen. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

David Meyer

Wir haben es gehört, es geht um eine Motion, in der eben auch «ein Schandfleck» und viele weitere Superlative gebraucht werden. Und wir haben auch gehört, dass sich der Motionär diesbezüglich entschuldigt hat bezüglich der Schärfe. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen.

Wir stehen jetzt am Anfang des Wahljahres und der eine oder andere wird sich wahrscheinlich noch etwas profilieren wollen. Aber: Das kann man natürlich mit scharfen Worten und eckigen Kanten und Spitzen schon. Wir haben aber über dem Teich schon einen, der ziemlich tobt und alle exklusiven Wörter und sonstigen spitzigen Teile nach vorne hebt. Und das heizt die Bevölkerung auf. Ich möchte jetzt in diesem Zusammenhang – es gibt auch einen offenen Brief, der auch sehr gewagte Sachen zusammengesteckt hat –, dass wir uns wirklich wieder etwas dahin bewegen, nämlich in die sachliche Politik, die unserer Stadt auch etwas bringt, und dass wir eher wieder dezenter auftreten in unseren Forderungen – mindestens im Tonfall. Und das war eigentlich meine Anmerkung, meine Randnotiz zu den Notizen der Motionen.

Martin Iten

Lieber Herr Gemeinderat Meyer, wenn Sie ganz genau hingehört haben, hat der Motionär sich nicht entschuldigt für seine Wortwahl, sondern er hat sich bei denen entschuldigt, bei denen diese Wortwahl vielleicht negativ angekommen ist. Aber er hat sich weder beim Pächter noch ganz grundsätzlich dafür entschuldigt. Und abgesehen davon kann man sich selber gar nicht entschuldigen, sondern man kann nur um Entschuldigung bitten. Aber das ist alles nicht passiert. Das zeigt ein bisschen die Geisteshaltung, die hinter dieser Motion steht.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat und ein Antrag auf Nichtüberweisung vorliegen. Zuerst wird über die Umwandlung abgestimmt.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest: Die Umwandlung der Motion erfordert zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend. Die Zweidrittelmehrheit beträgt 25 Stimmen.

Abstimmung Nr. 1

- Für die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 36 Ratsmitglieder
- Gegen die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 0 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat dem Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat zugestimmt hat.

Philip C. Brunner

Erlauben Sie, dass ich im Nachgang zu diesem Thema auch noch zuhänden des Stadtrats, insbesondere an den Immobilienchef, eine Bemerkung mache. Im Jahre 2013, also vor über 10 Jahren, haben wir – von mir geschrieben allerdings – zum Thema Minigolf eine Interpellation mit Vorschlägen gemacht. Die Interpellation ist natürlich jetzt nicht auf diesem Ratsinformationssystem, dem famosen, das wir jetzt haben, aufgeschaltet, sondern Sie müssen das praktisch suchen und dank Herrn Google werden Sie es finden. 2013 haben wir in der Interpellation gesagt, die Anlage sei seit Jahren kein Erfolgsmodell mehr, und haben dem Stadtrat verschiedene Ideen geliefert und Fragen gestellt, vor allem betreffend den Standort. Es war also schon damals nicht eine tolle Sache. Sogar wenn man noch weiter zurückgeht ...

Ratspräsident Ivano De Gobbi bittet **Philip C. Brunner** darum, sich kurz zu halten.

Philip C. Brunner

Ja, ich erlaube mir einfach diese Hinweise: 2002 hat die SVP sich ebenfalls zu diesem Thema Minigolf geäußert. Es ist als nicht etwas, das jetzt vom Himmel gefallen ist, sondern der Unmut mit dieser Situation ist schon – ich würde sagen über 20 Jahre alt.

Das wollte ich noch sagen, Herr Präsident, entschuldigen Sie, aber wir wollen ja eine sachliche Diskussion führen. Die ist hier gefordert worden. Also wollte ich noch ein bisschen ausführen, dass das jetzt nicht einfach wie ein Blitz vom Himmel gekommen ist. Übrigens hat die Stadt dann nicht immer die beste Show abgezogen mit diesen Pächtern, das wollte ich auch noch ergänzen.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest: Die Nichtüberweisung erfordert zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder. Es sind mittlerweile 38 Ratsmitglieder anwesend. Die Zweidrittelmehrheit beträgt 26 Stimmen.

Abstimmung Nr. 2

- Für die Nichtüberweisung stimmen 16 Ratsmitglieder
- Für die Überweisung stimmen 21 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 2

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Nichtüberweisung abgelehnt hat.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Vorstoss als Postulat überwiesen hat.

5.2 Postulat der SP-Fraktion vom 14. Dezember betreffend «Das Stadtmodell soll der Bevölkerung zugänglich gemacht werden»

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass zur Überweisung das Wort nicht verlangt und kein Nichtüberweisungsantrag gestellt wird.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat das Postulat stillschweigend überwiesen hat.

6. Politische Sachgeschäfte

6.1 Informatik: Projekt Zugkunft, Auslagerung der Informatik in eine selbständige Betriebsorganisation (ITS Zug AG); Schenkung je einer Aktie an die Zuger Gemeinden

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2970 vom 21. Oktober 2025
- Bericht und Antrag der GPK Nr. 2970.1 vom 15. Dezember 2025

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass Gemeinderat **Alexander Eckenstein** sich im Ausstand befindet.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Ich verweise vorab auf Bericht und Antrag. Die GPK hat noch im alten Jahr am 15. Dezember dieses Geschäft beraten. Unglücklicherweise waren am Schluss eigentlich nur noch vier stimmberechtigte Personen anwesend. Eine Person hatte sich bereits frühzeitig entschuldigen müssen. Eine Person hatte sich aus zahnärztlichen Gründen kurzfristig abgemeldet. Und eine weitere Person, das ist unser Vizepräsident, war im Ausstand. Er war aber an der Sitzung anwesend und stand der GPK für Fragen zur Verfügung, weil er ja in dieser Sache bereits vom Stadtrat mandatiert war.

Dieses Geschäft hat insofern eine spezielle Wendung genommen: Der Antrag des Stadtrates war der Kommission bekannt – das ist der Antrag vom 21. Oktober 2025 – und zwischen dem 21. Oktober und dem Sitzungstermin ist dann ein Schreiben des Finanzdirektors an die GPK eingegangen – selbstverständlich hat man das entsprechende Schreiben dann auch den Mitgliedern der GPK zur Verfügung gestellt –, worin der Kanton – man kann es nicht anders ausdrücken – ebenfalls um eine Gratis-Aktie gebettelt hat. Und das ist auch der Grund und der Hintergrund, wieso wir dann entsprechend den Antrag stellen, dass es in Ziffer 1 – die Änderungen sind im Bericht und Antrag der GPK rot markiert – neu heissen soll:

Den Zuger Gemeinden und dem Kanton Zug ein Aktienkapitalanteil von je einer Aktie pro Gemeinde bzw. Kanton à CHF 1'000.00 (Total CHF 11'000.00) an der ITS Zug AG per 31. Dezember 2025 zu veräussern und auf das Entgelt zu verzichten.

Das ist unser Antrag und Sie haben auch als Beilage 1 den entsprechenden Beschlussentwurf der GPK erhalten, der genau diesen Passus der Ziffer 1 enthält.

Die GPK hat dazu beraten. Sie sehen die Fragen und die Antworten entsprechend im Bericht. Wir sind dann einstimmig zum Verdikt gekommen, Ihnen zu beantragen, auf die Vorlage einzutreten – das sind Sie ja bereits –, den entsprechenden Passus, den ich Ihnen vorgelesen habe, zu genehmigen und die Differenz in der Erfolgsrechnung als Aufwand zu verbuchen.

In diesem Sinne besten Dank. Und dem Finanzchef beziehungsweise der ITS Zug AG wünsche ich an dieser Stelle für ihre Arbeit viel Erfolg. Sie ist jetzt immerhin schon 20 Tage selbstständig. Wir sind da also etwas spät, aber immerhin. Die Begründung, warum wir diese Aktien veräussern, kann Ihnen dann vielleicht der Finanzchef am Schluss, bevor Sie darüber abstimmen, noch ganz kurz erläutern. Ich möchte darauf nicht eingehen.

Jérôme Peter

Vorweg: Die SP wird den Anträgen der GPK folgen. Es scheint zum jetzigen Zeitpunkt die einzige und beste Option zu sein, den Betrieb, wie er vorgesehen war, zu sichern.

Was wir hier jedoch unbedingt anfügen müssen: Wie konnte dieser Fauxpas überhaupt passieren, dass wir 20 Tage nach offiziellem Start des Betriebs der ITS AG überhaupt über einen solchen Antrag abstimmen müssen? Die Auslagerung der Informatikdienste der Stadt Zug war – beziehungsweise ist es immer noch – ein riesiges Projekt mit sehr vielen Beteiligten. Viele Expertinnen und Experten haben mitgewirkt und niemandem ist aufgefallen, dass es da eventuell ein Problem geben könnte mit den Mehrwertsteuern? Und jetzt, 20 Tage nach Betriebsaufnahme, muss der GGR bereits wieder darüber diskutieren, dass der Betrieb wie gewollt aufrechterhalten werden kann.

Wir fragen uns schon: Wenn solche Fehler bereits jetzt auftauchen, was kommt da noch in «Zukunft» auf uns zu? Wir hoffen doch sehr, dass bei einem solchen Riesenprojekt, mit genauso riesigen Auswirkungen auf die Stadt, alles sorgfältig geprüft wird und wir nicht alle paar Monate die Statuten überarbeiten müssen, Sonderregelungen finden müssen, oder was auch immer, dass der Betrieb der Informatikdienste gewährleistet werden kann. Dies hätte aus unserer Sicht alles im Vorhinein passieren sollen und müssen. Dass die Betriebsaufnahme einige Hürden zu überschreiten hat, ist nachvollziehbar und logisch; solche Fehler in den Statuten und den rechtlichen Rahmenbedingungen wären jedoch vermeidbar gewesen und hätten aus unserer Sicht klar vor dem Start aus dem Weg geschafft werden sollen.

Wir hoffen, dieser Anlass jetzt war der Stadt und der ITS AG ein Weckruf, dass nochmals alles kontrolliert wurde – nicht dass wir bereits in den nächsten Tagen die nächsten Anträge an den GGR erhalten.

Christoph Iten

Vielen herzlichen Dank für die Ausarbeitung der Vorlage. Ich halte mich im Wesentlichen an drei Punkte:

Betreffend die Mehrwertsteuer: Wir sprechen hier weder von Steueroptimierung noch von unseriösem Vorgehen. Ich glaube, auch wenn es auf den ersten Blick etwas überrascht – das Vorgehen wurde offiziell mit der ESTV abgeklärt und so bestätigt. Wenn man es umdrehen würde: Ohne diese Einzelaktien würden wir quasi freiwillig die Mehrwertsteuer abliefern. Und das wäre dann unserer Meinung nach auch nicht seriös.

Betreffend die Kommunikation gegenüber den weiteren Gemeinden und dem Kanton – aber vor allem den Gemeinden: Wir haben als GGR bereits entschieden, dass die Stadt vorerst 100 % der Anteile halten wird. Gerade deshalb macht es auch Sinn, diese Gemeinden zumindest formell zu beteiligen. Damit ermöglichen wir ihnen beispielsweise die Teilnahme an der Generalversammlung. Ich glaube, das ist ein wichtiges Zeichen – das uns faktisch nichts kostet oder fast nichts kostet.

Und dann war bei uns noch die Frage: Verkaufen oder schenken?

Es geht um rund CHF 11'000.00. Für die Stadt Zug ist das sicherlich kein entscheidender Betrag. Entscheidend ist aber das Signal, das wir damit aussenden, wenn wir die Aktien schenken: «Wir schätzen euch als Partner und schenken euch im Sinne der guten Zusammenarbeit eine Aktie.» Ich glaube, das sind diese CHF 11'000.00 wert.

Dass nun auch der Kanton eine Aktie erhalten möchte, ist grundsätzlich sicherlich positiv zu werten, ohne es überzubewerten. In der Rolle des Kantons würden wir gleich handeln und uns mal alle Optionen offenhalten. Ob wir dann Leistungen beziehen oder nicht, ist immer noch eine andere Frage. Aber auch hier gilt für uns: Im Zweifelsfall schadet die Schenkung einer weiteren Aktie nicht. Sie kostet uns quasi CHF 1'000.00. Ich glaube, das ist verkraftbar.

In diesem Sinne stehen wir hinter diesem Antrag und unterstützen diesen inklusive den Anträgen der GPK.

Betreffend die Kurzfristigkeit: Ich glaube, wir können das hier nachvollziehen. Die andere Variante wäre gewesen, dass der Stadtrat das einfach entscheidet und umsetzt mit der Schenkung dieser Aktien, ohne dass er nochmals in den Rat gekommen wäre. Dann wäre das wohl noch rechtzeitig passiert. Aber weil wir im GGR entschieden haben, dass wir als Stadt 100 % der Aktien halten, erachte ich es als korrekt, wenn der Stadtrat hier halt nochmals kommt. Das ist das korrekte Vorgehen, aber hat halt etwas Zeit gekostet.

Daniel Marti

Der Antrag des Stadtrates ist eine sachlich begründete und pragmatische Präzisierung eines bereits beschlossenen Projekts. Die Schenkung je einer Aktie an die Zuger Gemeinden und nun auch an den Kanton beseitigt steuerliche Nachteile, sichert die Anwendung des Inhouse-Privilegs und stärkt die Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Der finanzielle Aufwand ist gering, der betriebliche und rechtliche Nutzen hingegen ist erheblich.

Wichtig ist auch festzuhalten, dass die Kontrolle der IT Services Zug AG weiterhin klar bei der Stadt Zug bleibt und die Nicht-Gewinnorientierung statutarisch abgesichert ist.

Dass die Geschäftsprüfungskommission die Vorlage einstimmig unterstützt, unterstreicht deren Tragfähigkeit.

Daher stimmt die GLP dem Antrag des Stadtrates und dem Zusatzantrag der GPK zu und bittet Sie, dasselbe zu tun.

Patrick Steinle

Auch unsere Fraktion unterstützt diese Schenkung. Nicht weil die Linken gerne Zeugs verschenken, das ihnen gar nicht gehört, sondern diese Hauruck-Übung hat sich der GGR ja eigentlich selbst zuzuschreiben. Wir haben beschlossen, eine AG zu gründen. Ich persönlich hätte eine GmbH bevorzugt. Und vor allem haben wir dann beschlossen, dass wir das ganze Aktienkapital behalten wollen und nicht – wie das der Stadtrat und das vorbereitende Team geplant hatten – schon von Anfang an die anderen Gemeinden zu beteiligen. Das heisst, wir haben uns das selbst zuzuschreiben, jetzt bereinigen wir das auch.

Jetzt sind es halt also nur neunundneunzig Komma etwas Prozent an Aktien, die wir dann halten. Und wir staunen schon auch etwas, wie einfach es ist, die Mehrwertsteuergesetzgebung zu umgehen.

Wir sehen nebst der eingesparten Steuer und dem damit verbundenen Wettbewerbsvorteil unserer ITS Zug AG gegenüber privaten Informatikdienstleistern vor allem die Möglichkeit positiv, dass sich die anderen Gemeinden und der Kanton jetzt von Anfang an nicht nur in Steuerungsausschüssen und anderen Gremien, sondern auch an der Generalversammlung direkt einbringen können.

Wie gesagt, wir stimmen der Vorlage im Sinne der GPK zu.

Alexander Kyburz

Wir danken dem Stadtrat für die Vorlage und wünschen der IT Services Zug AG einen guten Start ins erste Betriebsjahr, welches ja bekanntlich nun gestartet hat.

Die Vorlage ist sinnvoll und passend. Eine Mehrwertsteuerpflicht der IT Services Zug AG gegenüber den anderen Zuger Gemeinden und dem Kanton wäre nicht im Interesse der Zuger Bevölkerung. Somit befürwortet die FDP auch den Antrag der GPK und somit die Schenkung einer Aktie an den Kanton. Wir vertrauen den Spezialistinnen der Stadtverwaltung, dass die Eidgenössische Steuerverwaltung betreffend Mehrwertsteuerpflicht zur gleichen Meinung kommen wird.

99,8 % der Stimmrechte verbleiben bei der Stadt, wodurch die städtische Kontrolle der Betriebs-AG gesichert ist. Besonders wichtig für die Stadt als herrschende Eigentümerin ist ein transparentes Reporting sowie die konsequente Auswertung der Reportingberichte, um die Entwicklung der IT Services Zug AG zeitnah würdigen zu können. Die Kunsteisbahn Zug AG lässt hier grüssen und freut sich wohl, dass aktuell ihre Hauptmieterin mehr im Fokus der Öffentlichkeit steht.

Aus Sicht der FDP-Fraktion schliessen wir mit der Bemerkung, dass das öffentliche Beschaffungswesen den freien Wettbewerb fördert. Bei der IT Services Zug AG macht ein Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung Sinn. Dies muss jedoch eine begründete Ausnahme bleiben und darf nicht als etwas Gutes, weil Bequemes, taxiert werden.

Philip C. Brunner

Ich spreche namens der SVP-Fraktion. Vorab: Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag der GPK in dieser Sache. Und ich möchte noch ein paar Ergänzungen machen.

Dem Vorwurf der SP-Fraktion, der bei mir persönlich relativ harsch hinübergekommen ist, dass man damit quasi ein erstes Problem löse, muss ich ein bisschen widersprechen. Der Stadtrat hat die Vorlage am 21. Oktober 2025 beraten. Theoretisch hätte das an der GPK-Sitzung vom 5.11.2025, das ist die Budget-Sitzung, noch Platz gehabt. Aber ich habe als GPK-Präsident entschieden, dass wir nach einer mehrstündigen Sitzung nicht noch schnell, schnell und husch, husch diese Vorlage durchwinken. Deshalb war die nächste Gelegenheit die Sitzung im Dezember 2025, da haben wir uns entsprechend die Zeit genommen.

Im Weiteren folge ich auch den Ausführungen von Patrick Steinle. Ja, wir haben das ein bisschen mitverursacht, indem wir eben die Mehrheit an dieser ITS Zug AG behalten wollen. Und entsprechend musste der Finanzchef mit seinem Team die entsprechenden Änderungen vornehmen. Dass dann der Kanton noch gekommen ist, weil er gemerkt hat, dass eine Zusammenarbeit in diesem Sinne auch gut ist, dazu kann ich Ihnen über 10 Jahre zurückgreifen, als der Kantonsrat in diesem Saal über ein ISOV-Projekt gesprochen hat, das total in die Hosen ging. Da haben die Gemeinden gegen den Kanton gestritten. Damals hat man gesagt, man muss zusammenarbeiten. Und das passiert jetzt eigentlich. Es hat etwas gedauert, aber wir haben diesen Schritt über die IGI genommen. All das kommt jetzt relativ gut.

Und ich finde es von der SP-Fraktion jetzt nicht besonders – wie soll ich sagen – begeisternd, wenn sie da jetzt ein grosses Theater macht. Hier geht es um eine formelle Anpassung der entsprechenden Statuten, um eine Diskussion auch hier im Rat, völlig normal. Ich bin durchaus auch bereit, vielleicht im Verlaufe der nächsten Monate oder Jahre entsprechende Anpassungen zu machen. Es ist ja nicht

so, dass wir jeden Tag so eine Abteilung der Stadtverwaltung auslagern. Dass da gewisse Erfahrungen gemacht werden, muss man zur Kenntnis nehmen. Ich hätte sehen wollen, wer das dann besser gemacht hätte als der Stadtrat, der hier drin sitzt. Also bitte keine Steine werfen, die auf einen zurückfallen könnten, sondern ich denke, wir müssen jetzt den Stadtrat unterstützen in dieser Sache. Und wenn Sie in dieser Angelegenheit Bedürfnisse haben, geschätzte Damen und Herren des Stadtrates, dann kommen Sie auf den GGR zu.

Und jemand hat es auch gesagt – ich bin nicht mehr ganz sicher, wer es war –, der Stadtrat hätte vermutlich mit etwas über 50% die Kompetenz gehabt, dieses Geschäft in eigener Regie durchzuziehen, nach dem Motto «Wir sind die Exekutive». Dass er sich jetzt hier der Diskussion stellt, das muss man ihm hoch anrechnen. Ich finde das gut. Der Stadtrat hat jetzt wirklich unsere Unterstützung in dieser Sache – und auch in anderen Sachen – verdient. Ich finde es immer gut, wenn man in den GGR kommt. Gemäss der Philosophie von der Schwarmintelligenz ist es vielleicht nicht schlecht, wenn da ein paar Leute mehr mitdenken. Und das haben wir gemacht.

In diesem Sinne bitte ich Sie auch im Namen der SVP-Fraktion, der Vorlage zuzustimmen. Es ist nicht so Bricolage, wie es jetzt vielleicht hier dargestellt wurde. Im Weiteren folge ich auch den anderen bürgerlichen Sprechern, die sich zur Angelegenheit und zu diesem Geschäft geäußert haben.

David Meyer

Als Präsident der Sonderkommission dieser Angelegenheit damals möchte ich noch schnell zwei, drei Hintergrundinformationen bringen, die vielleicht dieser etwas aufgesetzten Empörung der SP ein bisschen den Spiegel hinhalten. Die SP war ja selber auch vertreten in dieser Sonderkommission. Es ist natürlich auch an ihr, sie hätte da oder dann auch später im Rat diesen Aspekt einbringen können, dass das mit den Steuern, wie wir es jetzt sehen, noch wichtig wäre.

Aber wir haben uns ja in dieser Sonderkommission mit diesem recht komplexen Thema dieser Ausgliederung befasst. Es waren schon nur die technischen Themen sehr umfangreich, dann die Urheberrechte, wir hatten die Thematik über die Eigentümerschaft, über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, über etc. Und in all dem hatten wir auch einen gewissen Zeitdruck. Und wir waren uns bewusst, wenn wir jetzt mit den Gemeinden noch über Aktienanteile sprechen müssen und die dann in ihren Gemeinden noch an die Gemeindeversammlungen müssen, das würde auf der Zeitachse wahrscheinlich eben nicht durchkommen. Und das war der Hintergrund, weshalb man sich trotz grösserer Diskussion über Aktienanteile an die Gemeinden entschieden hat: Wir verzichten darauf, wir ziehen das Ding durch. Wir wussten auch, dass es eine möglicherweise rechte Schüttelpartie geben kann, mit einer ganzen Organisation von links nach rechts zu wechseln. Und da ist es halt einfach gut, wenn es eine Führung und eine Stimme und ein Eigentümer ist. Das ist der Hintergrund.

Was wir uns aber nicht so sicher waren in der ganzen Komplexität: Ob wir alles gesehen haben in dieser doch recht kurzen Zeit. Und deswegen haben wir uns ganz bewusst auch für einen flexibleren statutarischen Teil entschieden, der hier durchs Parlament bestimmt worden ist, um genau auf diese Möglichkeiten reagieren zu können. Und das tun wir jetzt auch in diesem Zusammenhang, weil doch ein etwas kleines Detail wie die Steuern der anderen Gemeinden halt damals nicht eingeflossen ist.

Das ist also keine Panik, gar nichts Ungewöhnliches. Wir waren davon ausgegangen, dass es die eine oder andere Flexibilität braucht – und die nutzen wir jetzt für diesen Fall aus.

Jérôme Peter

Ich muss mich hier doch noch ein bisschen wehren für die SP-Fraktion. Wir stimmen allen Anträgen zu. Wir haben eingesehen: Ja, es macht Sinn so. Das ist überhaupt nicht ein Problem. Und ich bin doch überrascht, dass hier jetzt, wenn wir ein bisschen kritisch sind, dass wir 20 Tage nach Start über Statutenänderungen abstimmen müssen, diese kritischen Worte von euch so kritisch aufgenommen werden. Es ist ein Riesenprojekt. Es hatte extrem viele Beteiligte. Es gab ein externes Projektbüro, das da mitgewirkt hat. Wir hatten eine Spezialkommission mit zwei Lesungen. Wir hatten zwei Lesungen im GGR. Es gibt juristische Expertinnen und Experten bei der Stadt. Also irgendwo hätte das doch auffallen müssen.

Und ja, ich war auch in der Spezialkommission. Aber da bin ich zu wenig bewandert im Steuerrecht, dass mir so etwas aufgefallen wäre, was mir jetzt vorgeworfen wird. Das ist ja genau das Problem, dass dies nicht in der Spezialkommission aufgetaucht ist. Dass wir hier jetzt etwas kritisch dastehen, dass solche Fehler jetzt bereits passieren – das sollte doch normal sein.

Wir sollten hier auf die Zukunft blicken und hoffen, dass dies nicht vorkommt und dass die Stadt hier vorsichtig ist. Also ich bitte doch, die SP hier nicht als Angstmacherin darzustellen, sondern wir haben das kritisch gewürdigt, dass diese Fehler passiert sind. Aber wir werden den Anträgen folgen, wir sehen das auch so, das macht Sinn. Aber Fehler sollte man kritisch bewerten dürfen.

Urs Raschle, Stadtrat

Ich danke für die grundsätzlich positive Aufnahme der Vorlage, auch der SP für die Unterstützung. Und ich danke auch meinen Vorrednern, denn die haben die Situation sehr gut erklärt. Ich müsste gar nicht mehr hier vorne stehen, ich glaube, alle haben die Situation verstanden.

Trotzdem ist es mir wichtig, nochmals zu betonen: Von einem Fehler kann man hier nicht sprechen. Sondern vor gut einem Jahr haben Sie in diesem Rat entschieden, dass die Aktienmehrheit zu 100 % bei der Stadt Zug bleiben soll.

Tja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das durfte ich den Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten persönlich präsentieren. Und ich darf Ihnen sagen, das war ein Gang nach Canossa – respektive nicht ganz so einfach. Aber sie haben es verstanden.

Im Verlaufe des Frühjahrs haben wir dann selber bemerkt, dass diese Entscheidung ihrerseits eben dazu führen würde, dass die Gemeinden auch Mehrwertsteuern bezahlen müssten. Auch dies habe ich den Kolleginnen und Kollegen erzählt und dann gleich auch einen Vorschlag präsentiert, wie mittels einer Aktie das Problem behoben werden kann. Und auch das darf ich verraten: Nicht alle Gemeinden haben diesen Vorschlag auch so angenehm gefunden, gewisse waren immer noch pikiert, dass sie nicht mit mehr Aktienanteil mitmachen können.

Im Verlaufe des Sommers hat sich aber dann herausgestellt, dass dieser Weg sicher der richtige ist. Und wir haben auch intern diskutiert, wie wir vorgehen, und dann entschieden, den Weg über die GPK und auch in den GGR zu machen. Es hätte durchaus die Möglichkeit gegeben, dies allein im Stadtrat zu entscheiden, aber dies wollten wir nicht. Der GPK-Präsident hat es ausgeführt, es war dann auch zeitlich ein Thema, weshalb wir hier sind.

Aber das Wichtigste ist: Die IT Services Zug AG funktioniert und hat ihren operativen Betrieb aufgenommen. Und Sie alle profitieren aktuell davon. Denn wenn diese Unternehmung nicht richtig arbeiten würde, hätten Sie jetzt schwarze Bildschirme und könnten gar nicht aufs Ratssystem.

Ich muss Ihnen aber auch sagen, die letzten Monate waren dann ein ziemlicher Hosenlupf. Ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten ganz herzlich für die tolle Arbeit und Unterstützung danken, dass es noch gelungen ist. Denn es ist wirklich einmalig, eine Abteilung einer städtischen Verwaltung in eine eigene Unternehmung zu überführen und dann auch gleich zu schauen, dass alle Kunden – und das sind doch einige – auch zufrieden sind. Dann darf ich Ihnen auch noch verraten: Ab circa April können Sie die ITS AG – wie wir sie nennen – auch direkt besuchen. Sie übernimmt nämlich die Räumlichkeiten der ehemaligen Krankenkasse Klug im 4. Stock des Verwaltungsgebäudes. Wir konnten hier eine gute Lösung finden. Und die ITS AG bezahlt dafür Marktmiete, auch da konnten wir eine Lösung finden. Denn bis jetzt hat Klug diese Marktmiete auch bezahlen müssen, das haben dann auch die Verantwortlichen der ITS AG verstanden und akzeptiert.

Deshalb nochmals vielen Dank für Ihre Zustimmung. Es ist ein wichtiges Zeichen, das wir gegenüber den Gemeinden aussenden können – und auch gegenüber dem Kanton. Ich bin überzeugt, so rasch kommen wir nicht mehr mit einer Vorlage bezüglich ITS AG in den Rat.

Beratung Beschlussentwurf

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Stadtrat den Antrag der GPK zu Ziff. 1 übernimmt.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass zu Titel, Ingress und Ziff. 1 – 5 das Wort nicht verlangt wird und keine Anträge gestellt werden.

Abstimmung Nr. 3 (Schlussabstimmung)

- Für den Beschlussentwurf stimmen 35 Ratsmitglieder
- Gegen den Beschlussentwurf stimmen 0 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 3

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat dem Beschlussentwurf zugestimmt hat.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1821

betreffend Informatik: Projekt Zugkunft, Auslagerung der Informatik in eine selbständige Betriebsorganisation (ITS Zug AG): Schenkung je einer Aktie an die Zuger Gemeinden

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2970 vom 21. Oktober 2025:

1. Den Zuger Gemeinden und dem Kanton Zug ein Aktienkapitalanteil von je einer Aktie pro Gemeinde bzw. Kanton à CHF 1'000.00 (Total CHF 11'000.00) an der ITS Zug AG per 31. Dezember 2025 zu veräussern und auf das Entgelt zu verzichten.
2. Die Differenz in der Erfolgsrechnung als Aufwand, Konto 3632.10/2400, zu verbuchen.
3. Die Ziffer 5 des Beschlusses des Grossen Gemeinderates Nr. 1809 vom 18. März 2025 bleibt unberührt. Ein Aktionärsbindungsvertrag wird zu einem späteren Zeitpunkt erstellt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
5. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17^{bis} des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

Zug, 20. Januar 2026

6.2 Hochbau: Neubau Hallenbad und Sportanlagen; Wettbewerbskredit

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2975 vom 11. November 2025
- Bericht und Antrag der BPK Nr. 2975.1 vom 25. November 2025
- Bericht und Antrag der GPK Nr. 2975.2 vom 15. Dezember 2025

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

Richard Rüegg, BPK-Präsident

Die BPK behandelte das Geschäft am 25. November 2025. Die Verwaltung erörterte uns zuerst die Vorlage. Wie Sie aus dem Kommissionsbericht entnehmen konnten, erkundigte sich die BPK über die Restauration, Beckengrösse, Sprungturm sowie die Parkierung und liess sich über diverse weitere Themen orientieren.

Zum Thema Restauration: Der Restaurationsbereich war in der Vorlage nicht klar definiert. Es stellte sich die Frage, wie sich die Betreiber der Sportanlage zu einem gemeinsamen Restaurant stellen. Zug 94 möchte kein eigenes Restaurant mehr führen und könnte sich mit dem Gastro Hallenbad eine Zusammenarbeit vorstellen. Die Betreiber des Leichtathletikstadions würden eher einen Alleingang vorziehen und keine Zusammenarbeit anstreben.

Parkierung und Zufahrt: Auf die Frage, welche Vorkehrungen getroffen werden, sollte es eine Konzentration von Anlässen im Quartier geben – also EVZ, Fussball, Leichtathletik sowie ein Schwimmanlass –, erhielten wir die Antwort der Verwaltung, dass für einen solchen Fall ein Sicherheitskonzept bestehe. Die Parkierung erfolgt gemäss Vorlage unterirdisch. An der Sitzung wurde uns erklärt, dass dies nur über ein zweites Untergeschoss möglich sei. Dieses zweite Untergeschoss ist aber nicht vorgesehen, somit ist das Parkproblem nicht gelöst.

Beckengrösse, Sprungturm, bestehendes Hallenbad und Initiativtext: Diverse Fragen erfolgten aus der Kommission zur Beckengrösse und dessen Verwendung für den Schulsport und die Vereine. Des Weiteren wurde der Einfluss des Sprungturms beziehungsweise die Wassertiefe beim Sprungturm bei einem Schwimmwettbewerb hinterfragt. Zur Wassertiefe und deren Einfluss werden noch Abklärungen getroffen, die restlichen Fragen konnte uns die Verwaltung schlüssig beantworten.

Ob das bestehende Hallenbad im Herbst abgerissen werde, wird erst entschieden, sobald eine grössere Sanierung ansteht, denn zwei Hallenbäder am selben Ort zu betreiben, mache sehr wahrscheinlich keinen Sinn. Von einem Mitglied wurde beanstandet, dass im Initiativtext nur ein Hallenbad für den Schwimmsport, also Vereine und Schule, gebaut werden solle – ohne Wellnessbereich. Somit entspreche diese Vorlage nicht der Initiative und dem Willen des Volkes.

In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage von der BPK mit 5: 4 Stimmen gutgeheissen. Die kritischen Stimmen aus der BPK, wie Sie vorher gehört haben, betreffen den Standort des Hallenbads, die Parkierung und die hohe Belastung fürs Quartier, vor allem bei gleichzeitigen Anlässen, und die Nichteinhaltung des Initiativtextes.

Die BPK beantragt Ihnen, die Vorlage Nr. 2975 zu verabschieden und den Wettbewerbskredit von brutto CHF 1'427'000.00 einschliesslich Mehrwertsteuer zu bewilligen.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Vorab besten Dank der BPK, die das Geschäft am 25. November vorberaten hat. Wir haben dieses Geschäft am 15. Dezember mit fünf Personen ebenfalls beraten. An dieser Stelle darf ich Christoph Stäubli, Leiter Hochbau, und Christiane Krause, Projektleiterin Hochbau, – beide hier im Saal anwesend – begrüßen. Auch sie waren am 15. Dezember an der Beratung in der GPK dabei. Wir haben zu dem Moment, wo wir das beraten haben, das Ergebnis der BPK gekannt. Dieses Ergebnis der Zustimmung mit 5:4 Stimmen, das der Präsident der BPK ausgeführt hat. Wir sind da allerdings zu anderen Schlüssen gekommen und haben, das sei hier vorab bemerkt, der Vorlage mit 5:0 Stimmen zugestimmt. Wir haben aber die Gründe der BPK nicht gekannt – ich habe das im Kommissionsbericht geschrieben –, weil uns zum Zeitpunkt der GPK-Sitzung der Bericht und Antrag der BPK noch nicht vorlag. Die Vorlage Nr. 2975.1 lag uns nicht vor. Wir haben Ihnen die Vorlage Nr. 2975.2 entsprechend abgegeben. Ich verweise auf Bericht und Antrag.

Bei uns war die Diskussion beziehungsweise die Fragen, die wir gestellt haben, ähnlich. Es ging sicher auch um das Thema Parkieren. Es ging um das Thema, wer eigentlich die Spezialisten sind. Da haben wir entsprechend zur Kenntnis genommen, dass es zwei Firmen gibt, die einen sehr gleichen Namen haben. Ich habe Ihnen entsprechend in der Vorlage auch gleich die Internetadressen angegeben, damit Sie den Unterschied sehen. Das wurde alles uns erklärt. Dann war natürlich auch die Frage der bestehenden Hallenbäder, vor allem dasjenige im Herti, ein Thema. Auch das finden Sie alles im Kommissionsbericht. Sie finden auch die Beratung. Insgesamt sind wir zum Schluss gekommen, dass wir jetzt einmal vorwärtsmachen können.

Die Standortfrage haben wir hier ja bereits mehrfach diskutiert. Es gab diverse Vorstösse, auch von meiner eigenen Fraktion, zu diesem Thema. Ich glaube, das ist jetzt gegessen. Also wer jetzt einfach sagt, «nein, ich bin dagegen, weil es ins Herti-Quartier kommt», der muss zur Kenntnis nehmen, dass es demokratische Entscheidungen in dieser Sache gegeben hat, insbesondere zum Strandbad.

In diesem Sinne empfiehlt Ihnen die GPK, hier jetzt weiterzumachen, den entsprechenden Kredit zu genehmigen, damit jetzt alle diese Details und diese Fragen, die aufgeworfen wurden, entsprechend auch umgesetzt werden können.

Und ich habe gestern der Bauchefin gesagt –das ist meine persönliche Ansicht –, das ist eine epochale Geschichte. Das entspricht auch von der finanziellen Dimension her, was auf uns zukommt, der Grösse des Baus der früheren Bossard Arena beziehungsweise unserem Eisstadion. Das ist die Dimension. Und das wird einiges kosten. Die Stimmbürger haben dieser Initiative zugestimmt. Es ist nicht so, dass wir jetzt einfach eine gute Idee gehabt haben und finden, es müsse ein Hallenbad geben, sondern es gibt einen klaren Auftrag dazu. Jetzt kann man natürlich diesen Auftrag ein bisschen auf die eine oder andere Seite auslegen. Ich finde, man muss jetzt wirklich eine tolle Sache machen für die Bevölkerung, welche dann einmal dieses Bad auch benützen kann. Das steht dieser Stadt an. Es sind gute Lösungen möglich, vor allem auch beim Standort. Ich denke da an Abwärme vom Eisstadion. Ich denke aber auch an die Zusammenarbeit mit den beiden Organisationen des Fussballs und der Leichtathletik, die dort ja bereits seit Jahrzehnten ihren entsprechenden Platz gefunden haben. Jetzt gibt es eine zusätzliche Nutzung für die Öffentlichkeit.

Ich möchte noch ergänzen, dass in diesem Quartier Herti, beim Parkplatz vor dem Alterszentrum und entsprechend auch vor den Gebäuden der Korporation, noch einiges passieren wird. Und jetzt muss man das auch entsprechend gut zusammenspleissen, dass da die Verkehrsströme, dass da der Papierverkehr entsprechend – und das ist ja genau der Auftrag, den wir vergeben, und ich hoffe, dass jetzt ein ganz gutes Projekt ausgewählt wird und uns dann vorgelegt werden kann. Und wenn wir dort

dann noch entsprechende Anpassungen machen wollen, dann ist das selbstverständlich dann die Hoheit dieses Rates, das zu beschliessen.

Eliane Birchmeier, Stadtratsvizepräsidentin

Am 18. Juni 2023 hat die Stadtzuger Bevölkerung bei hoher Stimmbeteiligung sehr deutlich Ja gesagt zum neuen Hallenbad – nämlich mit 81 % Ja-Stimmen. Der Stadtrat hat – wie von der Initiative gefordert – vorwärtsgemacht und die Planungen umgehend an die Hand genommen.

In einer ersten Phase ging es um den künftigen Standort: Aus rund 23 untersuchten, über das ganze Stadtgebiet verteilten Arealen, empfahl der Stadtrat mit seinem Zwischenbericht vom August 2024 dem GGR vier näher zu prüfende Standorte. In der Debatte vom 22. Oktober 2024 nahm der GGR den Zwischenbericht positiv zur Kenntnis und hat in der Debatte zusätzlich vorgeschlagen, einen fünften Standort, das Brüggli Nord, in die weiteren Abklärungen einzubeziehen.

Aus der vertieften Machbarkeitsstudie aller fünf favorisierten Standorte – das waren Rigiblick, Herti Schleife, Gaswerkareal, Herti Stadion und Brüggli Nord – ging der Standort Herti Stadion im Frühjahr 2025 klar als Best-Variante hervor.

Die folgenden Kriterien gaben den Ausschlag für den Standort, über den wir heute sprechen: Einerseits ist das Areal im Besitz der Stadt Zug, im Gegensatz zu anderen Arealen, die wir geprüft haben. Und dies wiederum ermöglicht eine zeitnahe Entwicklung. Aufgrund der Eigentumsverhältnisse – die sind geklärt. Aber auch aufgrund der Zonierung – diese ist ebenfalls geklärt. Mit den bereits bestehenden Sportnutzungen ergeben sich sehr attraktive Synergien. Zusätzlich kommt hinzu, dass die sowieso anstehende Gesamtanierung des Fussball- und des Leichtathletikstadions in eine gemeinsame Planung über die gesamte Sportmeile integriert werden kann. Auch was die Energieversorgung anbelangt, ist der Standort unschlagbar: Für das Hallenbad kann die Abwärme des stadteigenen Eisstadions genutzt werden. Also zwei Fliegen auf einen Schlag. Und last, but not least: Sowohl das Initiativkomitee wie auch die Sportvereine unterstützen den Standort Herti Stadion und engagierten sich in der Vergangenheit in den Planungsarbeiten für die neue Sportmeile mit Hallenbad.

Auf folgende Aspekte, die in den vergangenen Wochen und Tagen aufgeworfen wurden, möchte ich noch kurz näher eingehen:

Was nationale und internationale Wettbewerbe anbelangt: Diese Frage wurde unter anderem in der BPK diskutiert und ist auch so öffentlich in den Unterlagen, vor allem in den Präsentationen zu sehen. Das neue Hallenbad ist so geplant, dass nationale und internationale Wettbewerbe durchgeführt werden können. Das wurde von der Initiative auch ja auch gefordert. Aber: In Abstimmung mit den Initianten und den Sportverbänden haben wir die Grenze bei Wettkämpfen auf Stufe EM, WM oder Olympiade gezogen. All diese Wettbewerbe setzen eine wesentlich grössere Infrastruktur voraus, unter anderem spezielle Einschwimmbecken oder sehr hohe Tribünen-Kapazitäten. Mit Uster, Oerlikon und Sursee stehen dafür in unmittelbarer Nähe bereits geeignete Hallenbäder zur Verfügung. Und wir sind der Meinung, dass wir nicht mit einem vierten Hallenbad diese Standorte konkurrenzieren müssen.

Dann wurde die Fragen nach dem Umgang mit den anderen Gemeinden aufgeworfen, ob wir anderen Gemeinden auch Wasserflächen anbieten können. Das können wir selbstverständlich. Die Stadtschulen Zug haben Priorität. Aber die Wasserflächen sind ausreichend, so wie wir sie jetzt geplant haben, dass auch andere Gemeinden für ihre Schulen das neue Hallenbad nutzen können.

Das macht Sinn und ist auch wirtschaftlich sinnvoll. Mit Cham, Steinhausen und Baar stehen wir diesbezüglich im Dialog und im Austausch.

Die Parkierung: Für die öffentliche Parkierung – ich spreche jetzt nur vom Hallenbad und der Sportmeile – ist neu eine Tiefgarage mit rund 250 Parkplätzen vorgesehen. Das ist auch in den Unterlagen, die sie erhalten haben, so aufgeführt. Zudem werden wir mit der Korporation, die im Rahmen des Bebauungsplans Herti-Zentrum ebenfalls 80 öffentliche Tiefgaragenparkplätze zu erstellen hat – und das sind nicht die Parkplätze der Migros, das sind zusätzliche –, Synergien und eventuelle Zusammenlegungen prüfen.

Was ganz wichtig ist für das Quartier Herti: Das Hallenbad und die Überarbeitung der Sportmeile sollen nicht das Herti-Quartier zusätzlich belasten. Wir gehen davon aus, dass die Zu- und Wegfahrt über die Allmend- und General-Guisan-Strasse erfolgt, also im südlichen Teil des Herti-Quartiers.

Festzuhalten ist aber auch, dass der Standort Herti Stadion, über den wir jetzt sprechen, durch den ÖV bestens erschlossen ist, sowohl mit der Stadtbahn wie auch mit der ZVB. Man kann auch mit dem ÖV, nicht nur mit dem Auto hinkommen.

Diese Punkte und Fragen – und viele weitere – werden in das Verkehrskonzept einfließen, das auf jeden Fall zu erstellen ist.

Wie geht es nach heute weiter?

Vorgesehen ist, dass das Wettbewerbsverfahren auf der öffentlichen Beschaffungsplattform Simap im zweiten Quartal 2026 – also ziemlich bald – publiziert werden soll. Zuvor wird das Raumprogramm durch Stadtrat und auch durch die Bau- und Planungskommission verabschiedet. Vom zweiten Quartal bis Ende des Jahres 2026 ist das eigentliche Wettbewerbsverfahren in zwei Phasen vorgesehen. Zuerst mit einer Präqualifikation und dem Zuschlag für die zweite Phase und danach die Beurteilung und Jurierung der selektionierten Beiträge. Die Zuschlagserteilung für das Siegerprojekt wird dann im Januar 2027 erfolgen. Also in einem Jahr sollten wir – wenn auch heute alles gut läuft – nicht nur wissen, wie das Hallenbad aussieht, sondern wer das für uns bauen wird von der Planerseite.

Was ich am Schluss noch deponieren möchte: Was das Hallenbad anbelangt, hat nicht nur der Stadtrat eine Verantwortung, sondern es ist auch der GGR in der Verantwortung, die Volksinitiative umzusetzen.

Roman Burkard

Es geht hier nicht nur um ein neues Hallenbad. Es geht um viel mehr als das. Es geht hier um eine multifunktionale Sportmeile – sprich Hallenbad, Fussball- und Leichtathletikstadion.

Der Bedarf ist ausgewiesen und wir erachten die Erweiterungen hinsichtlich Lebensqualität für die Stadtzugerinnen und Stadtzuger als wichtiges Projekt unserer Stadt.

Die Prognosen zeigen, dass die Stadt Zug noch weiterwachsen wird. Es braucht deshalb ein entsprechendes Angebot, wo man hingehen, sich erholen und Sport treiben kann.

Der Wettbewerbsperimeter bietet die Chance für eine ganzheitliche Entwicklung. Jedoch muss ebenfalls beachtet werden, dass die Grösse des Perimeters auch eine Herausforderung darstellt. Wir reden hier von 76'000 m² Perimeterfläche. Zum Vergleich – für diejenigen, die sich noch daran erinnern: Das Unterfeld hatte 55'000 m² Perimeterfläche. Das war ein anderes Verfahren, Unterfeld

war ein Bebauungsplan, hier geht es um einen Wettbewerbskredit – aber trotzdem, um die Grössenverhältnisse ein bisschen aufzuzeigen.

Insbesondere der zukünftigen Verkehrsführung und Parkplatzsituation muss besondere Beachtung geschenkt werden. Dies als Hinweis für die zukünftige Jurierung.

Es braucht eine durchdachte Lösung, die für das bestehende Quartier eine nachhaltige, positive Wirkung und dadurch einen echten Mehrwert schafft.

Die FDP-Fraktion spricht sich demnach für den Wettbewerbskredit aus.

Martin Iten

Ich spreche hier als Fraktionssprecher der ALG-CSP – und zugleich auch als Mitinitiant der Volksinitiative Hallenbad.

Im Juni 2023 hat die Stadtzuger Bevölkerung unserer CSP-Initiative mit überwältigender Mehrheit von 81,3% diesem Hallenbad zugestimmt und die Zuger Politik damit beauftragt, den Bau anzupacken. Mittels diverser Vorstösse hat die Standortfrage bereits eine gewisse Klärung erfahren. Und nun stehen wir hier, um den Wettbewerbskredit zu sprechen – die entsprechende Vorlage ist bereit.

Unsere Fraktion hat sie eingehend geprüft und wird sie unterstützen.

Zwar sehen auch wir, wie unter anderem auch einige BPK-Mitglieder, noch einige Fragezeichen in der konkreten Umsetzung. Daher begrüssen wir, dass diese frühzeitig eingebracht und so für die kommenden Schritte der Ausarbeitung bearbeitet werden können.

Die Einbettung des neuen Hallenbades in die Sportmeile Herti wird sicherlich noch einige betriebswirtschaftliche und logistische Fragen aufwerfen. Das sind wir uns bewusst, insbesondere da mit dem Hallenbad auch gleich die Fussball- und die Leichtathletik-Infrastruktur erneuert werden soll.

Wir sind aber der Meinung, dass dies genau der richtige Ansatz ist: Alles konsequent gemeinsam denken und so auch die vielen möglichen Synergien nutzen. Am Ende wird kein Flickwerk, sondern eine einheitliche Planung und Umsetzung vorliegen. Das ist ein entscheidender Mehrwert.

Bei der Parkierung gehen wir davon aus, dass dafür unter dem Boden massvolle Lösungen gefunden werden.

Im Namen des Initiativkomitees möchte ich auch betonen, dass wir mit der vorgeschlagenen Sportinfrastruktur so weit einverstanden sind, auch wenn sie vermeintlich nicht zu 100% dem Initiativtext entspricht. Beim Schreiben der Initiative ging es uns weniger darum, dass effektiv internationale Schwimmsport-Wettkämpfe wie Weltmeisterschaften darin stattfinden können. Uns ging es vielmehr darum, dass Schweizer Sportlerinnen und Sportler die Voraussetzungen haben, sich unter internationalen Bedingungen zu messen, sprich dies in einem 50-Meter-Becken zu tun. Dies ist mit den nun geplanten Beckengrössen möglich.

Dass dereinst die Frage aufkommen wird, was mit den bestehenden kleinen Schulbädern passieren wird, sind wir uns auch bewusst. Diese Frage gilt es aber ausserhalb der heutigen Debatte zu führen, dazu gibt es noch genug Zeit und sicherlich auch einige kreative Vorschläge.

Für heute werden wir den vorliegenden Wettbewerbskredit unterstützen und wünschen den verantwortlichen Gremien und Personen im weiteren Verfahren viel Inspiration und vor allem ganzheitliche Gedankengänge.

Roman Küng

Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für diese Vorlage und bei GPK und BPK für deren Prüfung.

Der Standort an der Sportmeile erscheint auch unserer Fraktion als geeigneter Standort für das neue Hallenbad, denn hier ist das Schwimmbad sinnvoll eingebettet zwischen Eishockey- und Fussballstadion. Auch unser Hauptanliegen an den neuen Standort ist erfüllt. Denn Sie erinnern sich vielleicht: Unserer Fraktion war es wichtig, dass das neue Hallenbad auf Stadtzuger Boden zu stehen kommt und nicht zum Beispiel in Steinhausen, wie das einmal im Gespräch war.

GPK und BPK hatten dann noch ein paar Fragen, zum Beispiel betreffend die Parkierung. Wir möchten den Stadtrat auffordern, hier ein besonderes Augenmerk darauf zu haben, dass keine Parkplätze abgebaut werden. Mittlerweile sind auch alle anderen Fragen beantwortet. Vielen Dank an Stadträtin Birchmeier für die Ausführungen.

Die SVP-Fraktion wird entsprechend grossmehrheitlich dem Wettbewerbskredit zustimmen.

Esther Ambühl Tarnowski

Im Namen der SP-Fraktion danken wir dem Stadtrat für den Antrag zum Wettbewerbskredit. Es geht vorwärts – das freut uns. Es freut uns auch, dass unsere Idee, das Hallenbad zusammen mit dem Fussballstadion zu planen, weiterentwickelt wurde. Wir begrüssen, dass der Stadtrat nun von seinem favorisierten Standort Steinhausen abweicht und diesen Standort vorantreibt. Entscheidend ist: Jetzt sind wir auf dem richtigen Weg.

Aber nun zum Inhalt der Vorlage:

Uns gefällt sie sehr gut. Die Synergien zwischen Hallenbad, Fussballstadion und Leichtathletik werden erkannt und ernst genommen. Genau jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese drei Anlagen losgelöst von bestehenden Zwängen neu zu denken: aus Sicht des Sports, aus Sicht der Naherholung, aus Sicht der Erschliessung – und ganz zentral: aus Sicht des Quartiers.

Für uns – und ganz sicher auch für das ganze Quartier – ist entscheidend, dass der Verkehr von Anfang an mitgedacht wird. Ziel muss klar sein: Anreise primär zu Fuss, mit dem Velo oder dem ÖV – unabhängig davon, welche Sportanlage besucht wird. Die grösste verkehrslenkende Wirkung hat hier die grundsätzliche Planung: kein grosses Spassbad, also kein «Ägeribad 2.0». Fragen wie Wegführung und Zugänge sind weitere Lenkungsmöglichkeiten und müssen integraler Bestandteil der Planung sein. Die Parkierung beziehungsweise das Problem mit dem zweiten Untergeschoss, das für die Parkierung benötigt würde, haben wir etwas anders verstanden, als es vom BPK-Präsidenten ausgeführt wurde. Das zweite Untergeschoss wäre nötig, wenn man es an die Tiefgarage der OYM Hall anhängen würde. So haben wir das verstanden. Hier ist somit kein oder nicht zwingend ein zweites Untergeschoss nötig, um die Parkierung zu lösen. Dass die Parkierung auch zusammen mit den Vorgaben im Bebauungsplan Herti-Zentrum gedacht werden, begrüssen wir ausdrücklich. Wir ermuntern den Stadtrat, hier mit der Korporation dranzubleiben.

Die möglichen Synergien müssen konsequent weitergedacht werden. Ein für die Bevölkerung zugänglicher Restaurationsbetrieb über diese drei Anlagen hinweg ist aus unserer Sicht wichtig – ein

echter Treffpunkt fürs Quartier, für Sportlerinnen und Sportler und für Erholungssuchende. Die Idee einer Kombination mit einem Bibliotheksatelliten finden wir spannend. In Ergänzung dazu sollen die Vereine die Möglichkeit haben, punktuell bei ihren Anlässen das Angebot zu ergänzen.

Mit der Gesamtplanung von Leichtathletik, Fussballstadion und Hallenbad schaffen wird die Voraussetzungen, dass diese grossen Sportanlagen langfristig wieder einem guten und zeitgemässen Standard entsprechen.

Die Ausrichtung der Hallenbadplanung überzeugt uns: Wettkampftauglichkeit nach schweizerischen Bedürfnissen – ja. Internationale Grossanlässe – nein. Das wäre unverhältnismässig und überdimensioniert. Auch das Angebot für Freizeitnutzende stimmt: Spiel, Spass und Bewegung stehen im Vordergrund und wecken Freude an der Bewegung – eine zentrale Voraussetzung auch für zukünftige Spitzensportlerinnen und Spitzensportler. Allfällige «vorige» Anfangskapazitäten sollen anderen Gemeinden für die Schulnutzung zur Verfügung gestellt werden, bis die Stadt diese mit dem Bevölkerungswachstum selbst benötigt.

Für uns ist nachvollziehbar, dass der Umgang mit den beiden bestehenden Kleinhallenbädern Herti und Loreto noch offen ist. Sie sollen vorderhand noch weiterbetrieben werden. Ihr Zustand erlaubt das und so bleibt der richtige Entscheid für die Zukunft offen.

Zusammenfassend: Die Planung der grossen Sportanlagen ist am richtigen Ort und ermöglicht echte Synergien. Das Hallenbad ist richtig dimensioniert: ein attraktives Bad mit lokalem Einzugsgebiet, das Bewegung fördert und Begegnung ermöglicht.

Die SP-Fraktion wird dem Wettbewerbskredit zustimmen.

Florin Meier

Die Stimmbevölkerung hat vor knapp drei Jahren mit 81,3 %, also sehr deutlich, Ja gesagt zu diesem Projekt. Und auch wir stehen hinter diesem Projekt. Wir sehen es weniger wie die GPK oder der GPK-Präsident als epochal, aber doch als Generationenprojekt, das unsere Stadt prägen wird.

Eine kleine Randbemerkung: Wir waren doch ein bisschen überrascht, dass da ein GPK-Bericht zu diesem Bauprojekt vorlag.

Wir möchten dem Stadtrat drei wesentliche Punkte mitgeben für die weitere Bearbeitung dieses Wettbewerbs:

Der erste Punkt wäre das 25-Meter-Becken. Auf den ersten Blick scheint es zwar schlüssig, ja fast schon vernünftig, auf das 25 -Meter-Einschwimmbecken zu verzichten, denn wir wollen ja ein Bad für die Bevölkerung und nicht eine überdimensionierte Arena. Aber – und das ist unser Aber – der Bedarf nach Wasserflächen ist effektiv sehr gross. Und ein zweigeteiltes 50-Meter-Becken ist nicht vergleichbar oder ist nicht dasselbe in der Nutzung wie ein separates 25-Meter-Becken. Deshalb möchten wir den Stadtrat bitten, dies nochmals zu prüfen.

Und das bringt uns eigentlich gleich zum Punkt zwei: Die Zusammenarbeit, die bereits angestossen wurde, weiter zu vertiefen. Wasserflächen sind teuer. Wir sind daher der Ansicht, dass der Stadtrat in den vertieften Austausch, wie dies schon begonnen wurde, mit den Gemeinden Cham, Steinhausen oder auch Baar gehen soll. Auch wenn unsere Stadtschulen Priorität haben – das hat Eliane Birchmeier bereits sehr gut ausgeführt –, sehen wir hier Synergiepotenzial, das sinnvoll genutzt

werden kann, insbesondere auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht. So können wir die Auslastung optimieren.

Und dann noch zum dritten Punkt: das Herti-Quartier. Wir wollen, dass das Herti-Quartier aktiv mit abgeholt wird. Ein Projekt dieser Grösse funktioniert wirklich nur mit dem Quartier, und nicht gegen das Quartier. Und das ist unser Anliegen, dass wir das so mitgeben dürfen, dass ihr das Herti-Quartier – auch mit der geplanten Mitwirkung – aktiv abholt. Bis dahin sind natürlich auch die klaren Massnahmen für die Verkehrsführung zu klären. Hier braucht es Klarheit, dass die Parkierung auch bei Spitzenzeiten gut funktioniert und nicht zu einer Überbelastung für das Quartier führt. Und auch die geplante öffentliche Mitwirkung, wie bereits erwähnt, soll aktiv angegangen werden, die Anliegen ernst genommen werden, sodass ein richtiger Mehrwert für das Quartier entstehen kann. Und ich denke, mit dem, was angedacht ist, sind wir da auf sehr, sehr gutem Weg. Das freut uns.

Fazit: Es ist eine einmalige Chance, das sanierungsbedürftige Fussball- und Leichtathletikstadion gemeinsam mit dem Hallenbad zu entwickeln, zu modernisieren – zu einer wirklich tollen Sportmeile für unsere Stadt. Das freut uns, wir werden der Vorlage sehr gerne zustimmen.

David Meyer

Es geht ja um diese Dreifachsache: von der Leichtathletikanlage über das Fussballstadion bis eben zum Hallenbad. Und das alles schauen wir uns ja jetzt an in diesem Wettbewerbskredit, in dieser Vorlage.

Es gab natürlich ein paar Einwürfe: Ist der Standort richtig? Ist die Parkierung richtig? Wir haben das alles angeschaut. Der Standort, wie gesagt, wurde schon demokratisch entschieden. Und wer damit jetzt nicht zufrieden ist, es gehört zum Spiel, dass man jetzt nicht die Knebel da in die Beine wirft und das Ganze über den Haufen wirft. Insofern gehe ich mal von Fairness in dieser demokratischen Welt aus.

Wir haben bei der Parkierung auch angeschaut: Gibt es mehr Parkplätze? Gibt es weniger Parkplätze? Und Stand heute bleibt es ziemlich gleich, sprich es wird das Quartier nicht mehr und nicht weniger belasten. Weil wenn man nicht parkieren kann, kann man ja auch nicht wirklich hinfahren. Insofern wäre hier eine Angst auch eine übertriebene Reaktion. Das haben wir schon angeschaut. Es wird ein Verkehrskonzept geben, auch das wird uns dann einiges erläutern.

Der Wettbewerb selber, da haben wir uns gefragt: Müsste man den enger setzen, genauer sagen, was da jetzt genau sein muss? Oder sollen wir ihn eben noch weiter machen, als er es heute ist, dass die Architektur mehr erfinden kann, mehr kreativ sein kann? Diese Frage lässt sich halt nicht einfach so schlüssig beantworten. Und wir hoffen jetzt mal, dass wir die wichtigsten Anforderungen mitgenommen haben und gerade wenn es ums Hallenbad geht – das ist Neuland für uns – die Anforderungen vom schweizerischen Schwimmverband alle einfließen können. Wir hoffen, dass die Architektur die Balance findet zwischen dem statischen Teil der Gebäude und den beweglichen Teilen der Nutzung, sodass auch wirklich die statischen Gebäudeteile der beweglichen Nutzung dann dienen werden.

Wir haben uns überlegt: Was passiert denn in so einer Jury? Und üblicherweise läuft das so: Zuerst kommen ein paar spacige, coole Vorschläge von den Architekten. Die machen dann sehr viel Freude, bis man herausfindet, dass es ein Problem werden könnte. Und die ruhigen Skeptiker, die in der Kommission sitzen, kommen dann meistens eher aus dem Bereich Wartung und Unterhalt, sprich aus der Hauswartecke. Die bringen dann lauter pragmatische Sachen, worauf das Ganze dann ziemlich

runtergedimmt wird. Und dann wird es meistens eine recht langweilige Sache als Vorschlag. Schlussendlich finden sich die beiden Lager dann beim grössten gemeinsamen Nenner. Das ist dann meistens der Rolls-Royce, weil man mit ganz viel Geld dann alles Mögliche reinfliessen kann. Und ich bin gespannt, wie es diesmal läuft. Das ist der übliche Ablauf. Wir werden dann sehen. Das kommt darauf an, welche Vorschläge wir haben und wie sich die Kommission dieser Dynamik dann bewusst sein wird.

In dem Sinne freuen wir uns auf die dereinstige Auswertung, auf die Vorschläge, und geben grünes Licht für diesen Wettbewerbskredit.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Ich spreche zuerst als GPK-Präsident. Die Aussage, man sei verwundert, warum die GPK dieses Geschäft beraten hat – da kann ich zuhause von Florin Meier sagen: Jeder Planungskredit, der in dieser Stadt in der Vergangenheit und vermutlich auch in der Zukunft in dieses Parlament kommt, hat auch die GPK zu passieren. Kommt hinzu, dass wir uns ja dann irgendwann auch mit der Vorlage, mit dem Bauprojekt, auseinandersetzen müssen oder werden oder dürfen. Und entsprechend ist es ja von Vorteil, wenn die Mitglieder einer GPK bereits entsprechend auf dem Laufenden sind. Da geht es dann um etwas mehr Geld, vermutlich.

Philip C. Brunner

Wenn wir in dieser Stadt genügend Geld haben, um für ein Quartiersschulhaus über CHF 100 Mio. auszugeben, dann ist die Qualität eines Hallenbades ja wahrscheinlich auch ein Punkt. Und das ist eigentlich, wozu ich jetzt meine persönlichen Bemerkungen machen möchte. Und zwar unter dem Titel Nachhaltigkeit.

Wenn wir so eine epochale Geschichte angehen, dann müssen wir uns im Klaren sein, dass die Lebensdauer dieses Bauwerkes doch einige Jahrzehnte – ich sage jetzt mal 60, vielleicht 100 Jahre – sein wird. Und da lohnt es sich, dass man eben die Qualität der Baumaterialien entsprechend ganz, ganz gewichtet. Wir haben es da mit Wasser zu tun. Wir haben es mit Dampf zu tun. Wir haben es mit Wärme zu tun. Und wir haben es teilweise sogar mit Chemie zu tun. Bei so einem Bad ist dann eben auch nötig, dass gewisse Chemikalien zum Einsatz kommen, damit das Wasser dann auch sauber ist. Ich verschone sie jetzt von technischen Ausführungen.

Aber mein Anliegen ist wirklich, dass man jetzt schon in dieser Phase, bei der Ausschreibung der Vorlage, das ganz oben hinsetzt.

Ich erinnere daran, dass das Fussball- und das Leichtathletikstadion mittlerweile also auch mindestens 60 Jahre auf dem Buckel haben. Und ich war vor ein paar Monaten an einer Veranstaltung im Leichtathletikstadion, da hat man mich aus der Zentralschweiz so ein bisschen lächelnd gefragt: Ist das wirklich der Standard einer Stadt Zug? Ja, das ist so. Das war bei einem Orientierungslauf – das war eine Schweizer Meisterschaft hier im Zug – und da hat man sich also ein bisschen belustigt über den Zustand der Garderoben, über den Zustand der Gebäulichkeiten. Und darum finde ich auch, wenn wir hier von Schweizer Meisterschaften und Wettkämpfen reden, muss man sich klar sein: Das ist auch eine Visitenkarte dieser Stadt.

Und ich erinnere daran: Wir haben ja leidvolle Erfahrungen in der Schweiz mit Hallenbädern. Ich erinnere an das Unglück in Uster, wo ein Hallenbaddach eingestürzt ist, aufgrund von mangelhafter Beobachtung. Und wir müssen uns einfach im Klaren sein: Das soll ja hier in Zug nicht passieren, so etwas. Also auch wieder der Hinweis: nachhaltig und Qualität.

Das möchte ich einfach mitgeben, dass man die nötigen Expertisen zuzieht. Weil so eine Halle ist aus statischen Gründen vielleicht – so wie übrigens natürlich unser Eishockeystadion – besonders zu berücksichtigen. Es sollte dann nicht so herauskommen wie bei unserem Eishockeystadion, wo man bereits nach einigen Jahren – die Eröffnung war 2010, wir haben jetzt Januar 2026 – umbauen muss. Der EVZ plant mittlerweile mit über CHF 40 Mio., ich glaube CHF 45 Mio., die da hineingehen. Das Stadion damals hat rund CHF 54 Mio. gekostet. Wir sind also praktisch eins zu eins, und das wollen wir ja nicht. Darum ist es auch wichtig aus meiner Sicht – und das ist auch die günstigere Variante –, wenn man das von Beginn weg richtig macht.

Ich erinnere daran, dass beim Eisstadion die finanziellen Möglichkeiten der Stadt natürlich nicht ganz so gut waren wie heute. Man hat Land verkaufen müssen in der Umgebung, damit wir die entsprechenden Gelder dazu haben. Das haben wir hier nicht. Ich fordere die Bauchefin darum also auf, da wirklich das Richtige zu tun und das mit der entsprechenden Grosszügigkeit zu machen. Das wird sich am Schluss auszahlen mit tieferen Betriebskosten, wenn wir die Abläufe korrekt machen. Und entsprechend ist natürlich auch der Unterhalt und der langfristige Bedarf an Geldern zu beachten. Und wenn wir das von Beginn weg richtig machen, dann kann man da einiges einsparen.

Beratung Beschlussentwurf

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass zu Titel, Ingress und Ziff. 1 – 5 das Wort nicht verlangt wird und keine Anträge gestellt werden.

Abstimmung Nr. 4 (Schlussabstimmung)

- Für den Beschlussentwurf stimmen 34 Ratsmitglieder
- Gegen den Beschlussentwurf stimmen 2 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 4

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat dem Beschlussentwurf zugestimmt hat.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1822

betreffend Hochbau: Neubau Hallenbad und Sportanlagen; Wettbewerbskredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2975 vom 11. November 2025:

1. Für die Planung und Durchführung eines Projektwettbewerbs zur Ermittlung eines geeigneten Projekts für den Bau eines Hallenbades, eines Fussball- und eines Leichtathletikstadions wird ein Wettbewerbskredit in Höhe von brutto CHF 1'427'000.00 einschliesslich MWST zulasten der Investitionsrechnung, Kostenstelle 2224, Objekt-Nr. 0149 Hallenbad: Neubau MBS/Wettbewerb, bewilligt.
2. Die Investition von CHF 1'427'000.00 wird mit jährlich 3 % abgeschrieben (§ 14 Abs. 3a Finanzhaushaltsgesetz). Bei Ablehnung des Baukredits ist die Investition sofort zu 100 % abzuschreiben (Wertberichtigung gemäss § 13 Abs. 6 Finanzhaushaltsgesetz).
3. Dieser Beschluss tritt unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss § 8 der Gemeindeordnung der Stadt Zug sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
5. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17^{bis} des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

Zug, 20. Januar 2026

Referendumsfrist: Montag, 23. Februar 2026

7 Nicht behandelte Geschäfte der Sitzung vom 21.10.2025, 18.11.2025 und 09.12.2025

Nicht behandelte Geschäfte der Sitzung vom 21.10.2025

7.1 Postulat der FDP-Fraktion vom 8. Januar 2024 betreffend «Erarbeitung einer städtischen Soziokulturstrategie für mehr Gemeinschaft statt Anonymisierung in unseren Quartieren»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2966 vom 18. September 2025

Maria Hügin

Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit. Mit der «Strategie Zusammenleben» liegt eine solide Grundlage vor, die zeigt, dass Zug das Thema Gemeinschaft strukturiert und mit Blick auf die Realität einer wachsenden Stadt angehen will.

Erfreulich ist, dass die Bevölkerung das soziale Miteinander in Zug hoch einschätzt. Viele Menschen fühlen sich in ihrem Quartier wohl. Das spricht für lebendige Nachbarschaften, für Vereine und Initiativen, die gewachsen sind und getragen werden. Genau dieses Fundament gilt es zu stärken.

Gleichzeitig wissen wir: Zug wächst. Neue Quartiere kommen hinzu, bestehende verdichten sich. Diese Entwicklung darf nicht in Anonymität münden. Wer in Zug lebt, soll im Alltag unkompliziert Anschluss finden und sich zu Hause fühlen. Das gelingt, wenn die Stadt gute Bedingungen schafft und die Menschen Raum bekommen, das Miteinander selbst zu gestalten.

Die Strategie Zusammenleben setzt dabei die richtigen Leitplanken. Sie fördert Eigeninitiative, erleichtert Begegnung und setzt auf Rahmenbedingungen statt auf Verordnung. Gemeinschaft bleibt freiwillig. Dieser Grundsatz ist zentral und im Einklang mit unserer liberalen Haltung.

Die FDP-Fraktion unterstützt die erarbeitete Strategie. Zusätzliche Mittel sollen im Rahmen des Budgets beantragt werden, damit der GGR die Vorhaben sorgfältig prüfen kann. Wichtig ist uns, dass die Mittel gezielt eingesetzt werden. Dort, wo sie privates gemeinschaftliches Engagement ermöglichen oder verstärken. Einer Ausweitung städtischer Strukturen stehen wir weiterhin eher zurückhaltend gegenüber. Sie ist nur dann sinnvoll, wenn ein klarer Nutzen ausgewiesen ist und die Wirkung regelmässig überprüft wird.

Wichtig ist uns die richtige Balance in der Umsetzung. Koordination ja, aber in einem Mass, das Eigeninitiative stärkt. Zu viele Prozesse schaffen Hürden und verlangsamen Projekte, zu wenig Orientierung lässt Chancen ungenutzt. Entscheidend ist, dass die Mittel und Aufmerksamkeit dorthin fliessen, wo konkrete Angebote entstehen, wo Begegnungsorte belebt werden und wo Netzwerke im Quartier getragen sind. Die konkreten weiteren Massnahmen sollen in Zusammenarbeit mit den lokalen Organisationen und Trägern erarbeitet werden, denn sie sind am Puls des Geschehens.

Die FDP-Fraktion nimmt die Strategie grossmehrheitlich wohlwollend zur Kenntnis und ist damit einverstanden, sie als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben. Die Strategie ist pragmatisch, anschlussfähig und baut auf das auf, was Zug stark macht: Eigeninitiative, Gemeinsinn und Verhältnismässigkeit.

Wir haben jetzt die Gelegenheit, vorausschauend zu handeln, bevor die Herausforderungen des Wachstums grösser werden.

Denn: Gemeinschaft kann man nicht verordnen, aber man kann sie ermöglichen. Genau dazu dient diese Strategie und dafür geben wir gerne Rückenwind.

Dagmar Amrein

Besten Dank für Bericht und Antrag zur Soziokulturstrategie.

Um eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen, wurde zusammen mit MRC Marketing und der Hochschule Luzern zuerst der Ist-Zustand erhoben, welcher zeigt, wo schon was im Bereich der Soziokultur vorhanden ist und was sich die Bevölkerung wünscht. Die Resultate sind spannend und wertvoll. Besten Dank schon mal dafür.

Gemäss Befragung hat das nachbarschaftliche Zusammenleben sehr hohe Relevanz und ist bedeutend. Besonders interessant ist die Tabelle auf Seite 8, wo die Quartiere und ihr Charakter beschrieben sind, aber auch die Wünsche und mögliche Massnahmen. In 9 der 11 Quartiere werden Begegnungszonen, Treffpunkte oder explizit Quartiertreffs gewünscht. Modellrechnungen zeigen die Quartierentwicklungen für die kommenden Jahre. Eindrücklich zu sehen, was in den Quartieren Herti, Guthirt und Riedmatt an sozialer Veränderung zu erwarten ist.

Basierend auf den erhobenen Daten wurde eine «Strategie Zusammenleben» kreiert. Diese fällt doch ziemlich dünn aus und verdient den Namen Strategie nicht wirklich. Es wurden ein paar sehr allgemeine Grundsätze formuliert, konkrete Handlungsfelder und Massnahmen fehlen jedoch. Welche Rolle der Stadt konkret zukommt, ist dieser Strategie nicht zu entnehmen. Die Grundsätze benennen für uns Selbstverständlichkeiten.

So ist es für uns selbstverständlich, dass Gemeinschaft stets ein Angebot sein soll und nicht ein Zwang, dass Initiative unterstützt werden soll und nicht Konsum, dass die soziodemografische Vielfalt als Chance genutzt werden soll – denn viele Mitwirkende wünschen sich in Zug ein stärkeres Miteinander statt Nebeneinander der Kulturen und Generationen.

Ebenfalls richtig ist: Nicht jedes Quartier hat dieselben Bedürfnisse.

All dies teilen und unterstützen wir.

Nun aber stellt sich die Frage: Wie wollen Sie das umsetzen? Wie stellen Sie sicher, dass diese Strategie nicht ein Papiertiger wird und in der Schublade landet? Oder auf gut Deutsch: Wir wollen Taten statt Worte.

Wir haben vor zwei Jahren die Ausarbeitung eines Konzepts für Quartierzentren gefordert. Mit der vorliegenden Erhebung ist der Bedarf der Quartierzentren nochmals gefestigt. Dabei kommt unserer Ansicht nach der Stadt eine ähnliche Rolle zu wie bei der kürzlich diskutierten Museumslandschaft: Es geht um Koordination der bestehenden Angebote, um Bündelung von Kräften und Ressourcen, um Sichtbarkeit der Angebote und – in Zug besonders wichtig – es geht um Raum. Heute bezahlt die Stadt viel Geld an einzelne Akteure – von Jugendvereinen über Oberwiler Kurse bis zur Pro Senectute. Die Stadt selber betreibt Quartierboxen im Herti und im Riedmatt und eine sozialpädagogische Einrichtung im Guthirt. Nun gilt es, diese Angebote zu koordinieren und die Sichtbarkeit zu erhöhen. Würden räumlich die Angebote gebündelt, könnten Ressourcen optimal genutzt und eben Begegnungszonen geschaffen werden.

Wir wünschen uns hier eine aktive Rolle der Stadt. In Zug West ist der Druck mit Sicherheit am grössten, aber auch in Oberwil, in der Gimenen und in der Neustadt wünscht man sich Treffpunkte, die zusammen mit der Bevölkerung gesucht und geschaffen werden können.

Zurück zum vorliegenden Bericht des Stadtrates. Eine Frage an die zuständige Stadträtin haben wir noch: In der Interpellationsantwort zum Zusammenleben in den Quartieren vom 31. Oktober 2023 schrieb der Stadtrat auf die Frage nach der Integration der fremdsprachigen Wohnbevölkerung, dass involvierte Mitarbeitende mehrmals das Fehlen eines städtischen Integrationskonzeptes und das Fehlen einer zuständigen Verwaltungsstelle beanstandet hätten. Wir wüssten gerne, wo man heute in dieser Sache steht. Denn in Zug ist die Integration und das Miteinander der verschiedenen Kulturen von besonderer Bedeutung.

Alles in allem nehmen wir den Bericht zur Soziokulturstrategie gerne zur Kenntnis und warten gespannt auf deren Umsetzung.

Marilena Amato Mengis

Im Namen der SP-Fraktion danke ich der FDP für den wichtigen Vorstoss. Dieser hat eine wichtige und längst fällige Diskussion angestoßen darüber, wie wir in unserer Stadt zukünftig zusammenleben wollen.

Ebenso danken wir dem Stadtrat und der Verwaltung für den sorgfältig erarbeiteten Bericht. Besonders wertvoll erachten wir die umfassende Datengrundlage, die erhoben wurde. Sie zeigt eindrücklich, wie unterschiedlich der Bevölkerungsmix und die Bedürfnisse in den Quartieren sind, und untermauert, was wir schon lange spüren und immer wieder aufs Tapet bringen: dass insbesondere in wachsenden Gebieten wie Herti, Lorzen und Guthirt grosser Handlungsbedarf besteht. Dieses Monitoring sollte unseres Erachtens systematisch weitergeführt werden, damit Veränderungen wahrgenommen und antizipiert und Entscheide faktenbasiert getroffen werden können. Also nicht nur als einmalige Bestandesaufnahme.

Die Umfrageergebnisse sprechen eine klare Sprache: Die Menschen wünschen sich mehr Begegnungsmöglichkeiten, Gemeinschaft und Teilhabe. Die Vision und Strategiegrundsätze des Stadtrats nehmen das auf. Sie sind positiv formuliert. Das unterstützen wir.

Kritisch sehen wir die vertiefenden Erläuterungen und Stossrichtungen. Wahrscheinlich erinnern sich hier die meisten nicht mehr an die Details der Vorlage, weil wir sie alle irgendwann im letzten Herbst studiert haben. Aber vielleicht können Sie sie jetzt noch einmal anklicken.

Erstens die grafische Darstellung: Die Strategie Zusammenleben wird als Kugel gezeigt mit kaum Schnittstellen zu anderen Bereichen. Spielplatzkonzept oder Altersstrategie, auch das Quartiertreffkonzept – gerade dort keine Schnittstellen zu sehen, ist für uns paradox. Vielleicht verstehen wir die Grafik falsch, aber sie vermittelt den Eindruck, dass Soziokultur und Zusammenleben noch zu sehr als isoliertes Handlungsfeld gesehen werden statt als verbindendes Element städtischer Politik.

Zweitens sind auch uns – wie von der Vorrednerin angedeutet – die formulierten Stossrichtungen zu passiv: Die Stadt beschreibt ihre Rolle mit Verben wie «ermöglichen», «fördern» oder «unterstützen». Das allein genügt aber nicht. Viele Initiativen scheitern weniger an Ideen oder Geld – so sind auch die Rückmeldungen von Interessengemeinschaften und Vereinen, mit denen wir gesprochen haben –, sondern an effektivem Support, Know-how, Ressourcen und verlässlichen Strukturen. Die Umfrage

zeigt zudem klar, dass es an Freiräumen, Grünflächen und Gastronomie mangelt – auch das taucht in den Stossrichtungen dann nicht mehr auf.

Für uns ist klar: Es braucht eine aktive Haltung der Stadt. Die Stadt muss selbst Verantwortung für das Erreichen der Vision übernehmen. In diesem Sinne vertrauen wir auf die Worte im Fazit. Dort wird immerhin benannt, dass es dafür Ressourcen und einen Massnahmenplan braucht. Auf diesen Massnahmenplan warten wir gespannt. Dabei soll die Rolle Stadt – im Gegensatz zu den Erläuterungen der FDP – eine aktive sein. Dass sie nicht nur den Rahmen setzt, sondern auch Verantwortung übernimmt, Projekte selbst aufgleist und umsetzt – gemeinsam mit der Bevölkerung – und diese auch regelmässig evaluiert. Weil sonst hätte das Ganze ja jetzt schon funktioniert. Jetzt schon bietet die Stadt Hand, gute Rahmenbedingungen und die verschiedenen Institutionen, die Dagmar Amrein auch schon genannt hat. Sonst hätte das jetzt schon funktioniert.

Also: Damit Zug eine lebendige Stadt bleibt, mit Nachbarschaften, die funktionieren, brauchen wir eine aktive Rolle der Stadt. Das stärkt die Gemeinschaft und entlastet langfristig auch den Staat und die Staatskasse.

Roman Küng

Für das Votum der SVP-Fraktion muss ich etwas ausholen. Begonnen hat alles im Oktober 2023 mit der Interpellation der FDP betreffend «Mehr Gemeinschaft statt Anonymisierung in unseren Quartieren!». Dagmar Amrein hat es erwähnt. Eigentlich hat niemand ausser zehn Eingeweihten damals gewusst, worum es bei dieser Interpellation überhaupt geht.

Die Beantwortung der Interpellation hat dann aber doch einigermaßen Klarheit geschafft. Es war keine gewöhnliche Interpellation, denn hier lagen den zehn Eingeweihten die Tatsachen, also die Interpellationsantworten, bereits vorher vor und man stellte danach die Fragen dazu. Ein etwas merkwürdiges Vorgehen zwar, aber auf diese Weise konnte so doch noch der Schlussbericht der Hochschule Luzern zum Vorprojekt Quartierarbeit Guthirt legitimiert werden. Ein Bericht, der von der Fachstelle Soziokultur der Stadt Zug beziehungsweise der ehemaligen Stadträtin Vroni Straub in Auftrag gegeben wurde. Aus dem Schlussbericht wurde dann klar, dass man sich soziokulturelle Animatoren für die Quartiere wünscht und es wurde auch kein Hehl daraus gemacht, dass hierfür Geld und Personal bereitgestellt werden müssen.

Sie erinnern sich vielleicht: Die SVP-Fraktion war anderer Meinung, denn die soziokulturellen Akteure in den Quartieren, also die Quartiervereine zum Beispiel oder die Kirchgemeinden oder die Letzibuzäli, die ich damals in meinem Votum erwähnte, machen einen hervorragenden Job und brauchen ganz sicher keine staatlich beauftragte Nanny an ihrer Seite, die ihnen erklärt, wie Soziokultur zu funktionieren hat.

Die SVP hat damals auch davor gewarnt, dass dereinst Budget Geld für solche Animatoren verlangt wird und unsere Fraktion beantragte entsprechend die negative Kenntnisnahme der Interpellationsantwort.

Man hat nicht auf uns gehört. Fazit: Die zehn Eingeweihten reichten sogar noch die heute traktandierte Motion beziehungsweise nun Postulat betreffend «Erarbeitung einer städtischen Soziokulturstrategie» ein, um diesem staatlichen Eingriff, ich würde sogar sagen Übergriff, noch entsprechend einen Boost zu geben.

Und nun liegt sie also vor, die «Strategie Zusammenleben». Und es ist nun ganz genau das passiert, wovon wir vor über zwei Jahren gewarnt hatten. Im Bericht und Antrag des Stadtrates heisst es

nämlich, wir haben es bereits gehört: Es werden mehr personelle und finanzielle Ressourcen nötig sein, die je nach Stimmungsbild im Grossen Gemeinderat in den kommenden Budgetdiskussionen abgebildet werden.

Das aber, meine Damen und Herren, ohne Notwendigkeit. Denn wie Sie sicherlich gelesen haben, fühlen sich 92 % bzw. 93 % der Bewohnerinnen und Bewohner in ihrem Quartier wohl. Man ist nicht einfach nur zufrieden, nein, man lebt gerne hier und fühlt sich wohl.

Dieser klaren Aussage ist nichts beizufügen. Es gibt objektiv betrachtet tatsächlich keinen Grund, warum die Stadt beziehungsweise die Verwaltung hier ins Quartierleben hineingrätschen soll.

Nun, ein paar Leute, die sich als Animateure verwirklichen möchten, dürfte es freuen. Sie hoffen auf Easy Money von der Stadt, mit dem Resultat: Die Verwaltung wächst erneut und dies dann auch mit äusserst grosszügiger Unterstützung der FDP, die Vorstösse dieser Art einreicht.

Wenn ich nun Fernsehen schaue oder Zeitung lese, dann höre und lese ich, wie bei jeder sich bietenden Gelegenheit, gefragt oder ungefragt, die Oberchefs der FDP, also Oberst Gruber zum Beispiel, in die Welt hinausposaunen, wie entscheidend es noch ist, dass der Staat sich nicht weiter ausdehnt. Laut wird gerufen, die Bürokratie soll abgebaut und – ganz wichtig – die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger muss gestärkt werden. Schöne Sonntagsreden, könnte man sagen, so wie kurz vor Weihnachten noch von Thierry Burkhardt, inzwischen zwar nicht mehr Oberchef, aber er war so zu vernehmen im Sonntalk von Tele Züri.

Ja, nach dem Sonntag beginnt bekanntlich die Arbeitswoche. Und was macht die FDP? Das komplette Gegenteil. Man verlangt eine Soziokulturstrategie, welche selbstverständlich einen Ausbau der Verwaltung zur Folge hat und ausserdem die Sozialkompetenzen der zu 92 % sich wohlfühlenden Bürgerinnen und Bürger in Frage stellt.

Entsprechend stellt die SVP-Fraktion auch hier den Antrag auf negative Kenntnisnahme dieser Postulatsantwort. Im Wissen natürlich, dass wir keine Chance haben, denn die Ratslinke, die applaudiert euch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Wir aber, die Mitglieder der SVP-Fraktion, machen hier nicht mit, denn schliesslich sind wir nicht links. Ich vermute, Sie kennen diesen Spruch von woanders.

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich bitte nicht falsch, selbstverständlich können Sie der Meinung sein, es handle sich hier um eine gute Sache, ein visionäres oder zukunftsweisendes Projekt gar, und finden es richtig und wichtig, den Quartieren soziokulturelle Animateure aufzuzwingen. Wenn Sie dieser Meinung sind, dann seien Sie aber bitte konsequenterweise auch so ehrlich und sagen: Ja, ich will nicht weniger, ich will mehr Staat.

Die SVP-Fraktion jedoch vertraut auf die Vereine und Quartierorganisationen und hält die Eigenverantwortung hoch. Entsprechend stellen wir, wie bereits erwähnt, den Antrag auf negative Kenntnisnahme.

Etienne Schumpf, Stadtrat

Ich versuche jetzt, die Debatte im Namen des Gesamtstadtrates wieder ein bisschen zu versachlichen.

Die Stadt Zug soll eine lebenswerte Gemeinschaft sein, die ihre Identität bewahrt und gleichzeitig das Potenzial ihrer wirtschaftlich erfolgreichen Entwicklung zum Wohle aller nutzt. Das ist unsere Vision. Wir wollen die Gemeinschaft und die Gesellschaft stärken, das Wachstum in den Quartieren aktiv mitgestalten, damit die Stadt Zug lebenswert bleibt und auch die hohe Lebensqualität, die wir leben und schätzen, erhalten werden kann.

Die Strategie Zusammenleben – und das ist nicht unbedingt bei jeder Strategie so – orientiert sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und an unseren unterschiedlichen Quartieren und berücksichtigt auch die unterschiedliche Zusammensetzung der Menschen in der Stadt Zug. Dazu wurden auch alle Altersgruppen befragt. Sogar mit denen, die an der umfangreichen Onlinebefragung nicht teilnehmen wollten, wurden dann in allen Altersgruppen, mit Jugendlichen, mit älteren Menschen, noch separate Workshops gemacht, um alle Befindlichkeiten zu erfassen. Dabei ist weder erwartet noch gewünscht, dass jedes Quartier für sich alles bieten muss, da ja die Stadt von der Grösse her überschaubar ist. Und wichtig ist für uns: Gemeinschaft ist immer ein Angebot. Und wir werden niemanden zwingen, an einer Aktivität oder an einem Fest teilzunehmen. Und die Eigeninitiative ist die wichtigste Voraussetzung, damit die Stadt ermöglichen, fördern und unterstützen kann.

Es ist mir wichtig, dass wir nicht nur eine Strategie haben und über Vision sprechen und auch Stossrichtungen aufzeigen, sondern auch wirklich konkrete Massnahmen in den Raum stellen. Und es ist auch wichtig zu sagen, dass wir heute nicht einfach nichts haben, sondern wir können heute bereits gut funktionierende Massnahmen wie Quartiertreffs, Quartierboxen, Quartierbüros weiter ausbauen und für die Quartiere weitere Begegnungszonen, Aussenräume und Treffpunkte schaffen. Eine konkrete und neue Idee wäre zum Beispiel auch ein Quartierbox-Mobil, das als Treffpunkt, Anlaufstelle, Kiosk dienen kann. Quartierfeste sollen auch weiter möglich sein und Initiativen unterstützt werden. Und zu dem Stichwort «Taten statt Worte», ich habe jetzt einiges aufgezählt: Wir werden in diesem Jahr oder vielleicht Anfang nächstes Jahr einen neuen Quartiertreff im Herti eröffnen. Wir werden im Guthirt eine neue Quartierbox eröffnen. Und dieses mobile Quartierbox-Mobil sind wir auch am Prüfen.

Die vorliegende Strategie ist auch nicht einfach das Ziel, sondern für uns der Startschuss für eine lebenswerte Stadt Zug, die das Potenzial ihrer wirtschaftlichen und erfolgreichen Entwicklung zum Wohle aller nutzt und die Gemeinschaft und die Gesellschaft weiter stärkt.

Und aus den Voten entnehme ich, den einen geht die Strategie ein bisschen zu weit, den anderen geht es zu wenig weit. Aber wir dürfen durchaus festhalten, dass wir ein gutes Mittelmass gefunden haben. Und am Schluss machen wir sowieso mehr und viel mehr als nur das absolute Minimum.

Die Ressourcen wurden auch noch angesprochen: Wir werden diese Strategie mit den heutigen personellen Ressourcen umsetzen, das sind 140 Stellenprozente in dieser Fachstelle Soziokultur.

Und dann hat Dagmar Amrein noch eine Frage gestellt, wie wir auch diese Integrationsbemühungen stärken. Hier geht es konkret um das kantonale Integrationsprogramm KIP. Auch hier haben wir den Prozess gestartet, dass wir diese Verantwortlichkeiten und Strukturen innerhalb der Stadtverwaltung stärken können und wir auch dort klar verankert sind und die Leute wissen, an wen sie sich wenden können, und wir auch dort sehr klar und sehr schnell die Massnahmen umsetzen können.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 5

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 7 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 27 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 5

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme abgelehnt hat.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

7.2 Interpellation der Fraktion Die Mitte vom 1. Juli 2025 betreffend «Wann ist ein bedarfsgerechtes schulergänzendes Betreuungsangebot Realität?»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2968 vom 23. September 2025

Florin Meier

Das ist doch schon ein seit längerem pendentes Traktandum oder ein bereits etwas vertagtes Traktandum. Aber es ist für uns immer noch aktuell. Besten Dank dem Stadtrat für die Beantwortung unserer Interpellation. Während diese einige wertvolle Antworten liefert, lässt der Bericht auch einige Fragen offen oder bereitet uns zusätzliche Fragezeichen. Ich gehe nachfolgend auf die Antworten zur Frage 1, 3 und 6 spezifisch ein.

Zu den ausgewiesenen Zahlen der Warteliste bei der Frage 1: Hier lassen sich grosse Unterschiede je Wochentag feststellen. Es scheint klare Spitzen zu geben, das heisst Tage mit übermässig vielen Personen auf der Warteliste gegenüber Tagen mit wenig bis gar keinen Personen auf der Warteliste. Uns stellt sich hier die Frage: Gibt es nicht die Möglichkeit, mit organisatorischen Massnahmen im Schulbetrieb eine gewisse Glättung zu erzielen, beispielsweise mit Justierungen im Stundenplan? Weiter zeigt uns die Liste lediglich die Werte über null, das heisst wann die Nachfrage das Angebot übersteigt. Aufschlussreich wäre es hier aber auch zu wissen, wo noch viele leere Plätze vorhanden sind. Sprich: Haben wir an gewissen Tagen gar ein überdimensioniertes Überangebot? Denn die Planung darf nicht nur auf Spitzenlasten ausgerichtet sein, sonst wäre das Ganze ja ziemlich unwirtschaftlich. Und das wollen wir nicht.

Zu Frage Nummer 3: In der Antwort erwähnte pragmatische Lösungen sind zwar erfreulich, leider bleibt aber ein wesentlicher Punkt unserer Frage unbeantwortet: die Möglichkeit für den Einkauf entsprechender Plätze, zum Beispiel in Kitas oder Tagesfamilien. Die Zusammenarbeit mit bewährten Partnern könnte hier Hand bieten, um Spitzen abzudecken, ohne die gesamte Planung auf die Spitzenlast auslegen zu müssen.

Und zu guter Letzt zur Frage 6: Das Anmeldeverfahren. Der Stadtrat spricht von einem «klar strukturierten und digitalisierten Anmeldeverfahren». Wenn doch dieses vorhanden ist, wieso legt er dieses nicht transparent vor? Oder erfolgt die Vergabe eben doch nicht so strukturiert und sachlich? Hier wäre Transparenz gefragt.

Die Mitte-Fraktion stimmt dem Bericht zu. Ich halte aber zusammenfassend nochmals fest: Statt die Planung alleinig auf die Spitzenbelastung auszurichten, sollten auch organisatorische Massnahmen geprüft werden, welche zu einer besseren Glättung der Nachfrage führen könnten. Gleichzeitig sehen wir grosses Potenzial in der Zusammenarbeit mit externen Partnern wie Kitas oder Tagesfamilien. Hier liegt eine ungenutzte Chance, die der Stadtrat packen könnte, um flexibel auf Engpässe reagieren zu können. Und zu guter Letzt: Schliesslich erwarten wir mehr Transparenz beim Anmelde- und Vergabeverfahren.

Marilena Amato Mengis

In den letzten Jahren hat sich in der schulergänzenden Betreuung enorm viel getan. Die Stadt hat das Angebot stark ausgebaut, Wartelisten verkleinert, die Anmeldung vereinfacht und digitalisiert, die Planbarkeit und Kommunikation verbessert. Ich konnte das hautnah als direkt Betroffene erleben: Vor acht Jahren kam ein Platz im Mittagstisch Herti einem Sechser im Lotto gleich – ich hatte Glück, dass ich meine Arbeitstage frei wählen konnte. Als zwei Jahre später unser zweites Kind in die Schule

kam, ging gar nichts mehr. Drei Jahre vergingen, bis wir für beide an denselben Tagen einen Platz bekamen – der Grosse musste zwar vom Herti ins Riedmatt radeln und zurück, aber immerhin. Heute gibt es solche Paradoxien – also am Montag Platz für das eine, Dienstag für das andere – zwar immer noch, aber nur vereinzelt. Das ist ein grosser Fortschritt, den wir ausdrücklich anerkennen.

Gemäss Bericht bestehen noch Wartelisten, aber sie sollten bald ganz verschwinden. Das ist erfreulich. Dennoch bleibt Handlungsbedarf. Denn «bedarfsgerecht» darf nicht nur quantitativ, sondern muss auch qualitativ, sprich kindsgerecht, verstanden werden.

Und hier zeigen sich grosse, ja enorme Unterschiede zwischen den Standorten: Ob ein Kind in einem Pfarreisaal betreut wird oder ob es in einem der kindsgerechten Pavillons oder nun im neuen Herti – wo Sie eingeladen sind, vorbeizuschauen – den Mittag verbringt, ist ein riesiger Unterschied. Auch das Haus des Lernens bleibt trotz aller Bemühungen eine Zwischenlösung: funktional, aber kein Ort, an dem Kinder sich richtig erholen und austoben können.

Wir anerkennen, dass die Stadt mit viel Improvisation und Flexibilität enorm viel geleistet hat, um allen Kindern einen Platz zu bieten. In den letzten Jahren galt: Hauptsache ein Platz, Hauptsache ein warmes Essen. Das war richtig und nötig. Aber eben meist eine Notlösung. Kinder brauchen mehr als ein warmes Essen. Gerade jene, die mehrere Tage fremdbetreut sind. Sie brauchen Räume, um runterzufahren, sich zu erholen, zu spielen oder sich auszutoben, um am Nachmittag wieder fit zu sein. In einer Aula oder einem Pfarreisaal mit 30 Kindern und einem hohen Lärmpegel ist das schlicht nicht möglich, die Räume sind dafür nicht konzipiert. Was als Überbrückungslösung gedacht war und auch dank Hilfestellung der Kirchgemeinde beziehungsweise der Pfarrei möglich wurde – das darf hier auch mal gesagt werden, das steht im Bericht nicht – darf nicht zum Providurium werden. Auf Dauer ist das problematisch.

Wir legen den Verantwortlichen nahe, dass nach der Quantität nun auf die Qualität fokussiert wird. Und damit meine ich – das möchte ich unterstreichen – die Räume und andere Rahmenbedingungen wie den Betreuungsschlüssel. Ich kritisiere damit nicht die Qualität der geleisteten Arbeit des Personals. Das möchte ich wirklich unterstreichen. Die Standortleitungen und Betreuungspersonen setzen sich mit Herzblut und Fachwissen für Kinder und Eltern ein, so gut es mit den Rahmenbedingungen eben geht. Ihnen gilt unser Dank und unsere Wertschätzung. Damit sie das auch weiterhin tun können, brauchen auch sie passende räumliche Rahmenbedingungen. Auch für sie sind die Bedingungen komplett unterschiedlich je nach Standort.

In diesem Sinne: Danke für das Erreichte. Und wir hoffen auf das gleiche Engagement auf dem Weg zu einer schulergänzenden Betreuung, die sowohl bedarfsgerecht in der Quantität als auch in der Qualität ist. Wir werden dem Bericht zustimmen.

Patrick Steinle

Auch unsere Fraktion bedankt sich bei der Interpellantin – nicht mehr anwesend – für die Fragen und beim Stadtrat für die aufschlussreichen Antworten.

Was sehen wir? Nebst den in der Interpellation erwähnten Ungereimtheiten bei der Vergabe von Plätzen vor allem seit Jahren ellenlange Wartelisten und haufenweise Provisorien an den wildesten Orten.

Währenddem die Ungereimtheiten wohl meist auf subjektives Empfinden, unvollständige Informationen und Einzelfälle zurückzuführen sind, ist bei den Wartelisten und Provisorien jetzt tatsächlich Land in Sicht.

Mit der Eröffnung des alten Schultrakts im Herti als Betreuungsstandort und dem Aufstocken des Pavillons in der Riedmatt werden endlich auch in Zug West die allerallermeisten Kinder in den Genuss eines Betreuungsangebots kommen, das der vor bald 20 Jahren versprochenen «offenen Tagesschule» auch qualitativ nahekkommt.

Dieses Modell hat unsere Fraktion von Anfang an unterstützt, basierend auf den Prämissen einer bedingungslosen Aufnahme, eines wirklich günstigen Einheitstarifs und einer hohen Qualität, wo sich eben auch Kinder wohlfühlen, wenn sie die Betreuung fast täglich beanspruchen. Wir sind also bald zum Größten raus. Unser Dank gilt auch der Verwaltung, die hier in den letzten 20 Jahren, ausgehend von gerade mal zwei Mittagstischen in Oberwil und der Riedmatt, wirklich Grosses geschaffen hat, wie das Marilena auch anschaulich geschildert hat.

Was bleibt zu tun? Wir können das «Next Level» in Angriff nehmen und auch Lösungen finden, wie wir auch noch die Bedarfsspitzen abdecken können, wie das Florin Meier auch schon angetönt hat. Diese Bedarfsspitzen scheinen schwer vorhersehbar und auch ein bisschen zufällig zu entstehen, wie gemäss Tabelle zu Antwort 1. Derzeit etwa in Oberwil, wo das ganze Dorf oder zumindest die allermeisten Kinder sich verabredet haben, am Montag zum Mittagstisch zu gehen. In der Riedmatt ist es der Dienstag.

Natürlich ist es wirtschaftlich unsinnig und organisatorisch sehr schwierig, die ganze Infrastruktur und das Personal auf solche Spitzen auszulegen. Aber wir appellieren schon an das Schuldepartement: Es soll wirklich eine offene, voraussetzungslose Tagesschule sein. Wir empfehlen, die bisher bei den Provisorien an den Tag gelegte Improvisationskunst zukünftig für das Bewältigen dieser Nachfragespitzen einzusetzen.

Wenn sich in Oberwil zwei Väter finden, die am Montag jeweils in der Küche des Pfarreizentrums für eine «Räblete» von Kindern kochen, oder das Alterszentrum Mülimatt holt sich 20 Kinder und ganz viel Leben ins Haus – es gibt also solche Möglichkeiten.

Wohlgemerkt: Wir wollen nicht wieder x improvisierte Standorte und von der Hand in den Mund leben. Die ordentliche Betreuung soll 90, besser 95 % des Bedarfs abdecken. Aber für solch zufällige Spitzen, die vermutlich auch von Jahr zu Jahr an anderen Tagen und anderen Standorten auftreten, scheint uns etwas Improvisation nicht nur sinnvoll, sie kann auch eine Bereicherung sein.

Wir nehmen die Interpellationsbeantwortung zur Kenntnis.

Marco Laubacher

Die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Mitte für die Interpellation und dem Stadtrat für die ausführliche Stellungnahme.

Ein wichtiges Anliegen, welches in der Vergangenheit stark vernachlässigt wurde, wurde endlich bei den Hörnern gepackt. Die Auflistung der prozentualen Steigerung der Betreuungsplätze der letzten Jahre zeigt deutlich auf, mit welchem Druck und Engagement am Ausbau gearbeitet wurde. Auch wenn die Räumlichkeiten nicht vorhanden waren, zeigte man sich kreativ und hat sich etwas einfallen lassen, um dem Andrang gerecht zu werden, um die entsprechenden Plätze zur Verfügung zu stellen. Mit dem Ausbau des Herti- und Riedmattschulhauses werden weitere wichtige Standorte mit

Betreuungsplätzen dazugewonnen. Demnach wird die Warteliste im Herti im Februar 2026 und im Riedmatt im August 2026 auf null fallen. Also zumindest war es so, als ich das Votum geschrieben habe.

Wir sind uns sicher, dass die Einteilung nicht immer einfach ist und nicht immer allen Wünschen entsprochen werden kann, aber die Einteilung mit bestem Wissen und Gewissen durchgeführt und auch kontrolliert wird.

Wir von der FDP-Fraktion wünschen uns, dass in diesem Segment der Standard weiterhin hochgehalten wird und der Ausbau der Betreuung weiterhin im Fokus liegt. Somit wird gewährleistet, dass auch diejenigen, die arbeiten wollen, an ihre Arbeitsplätze zurückkehren können.

Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die ausführliche Stellungnahme und nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Philip C. Brunner

Vorab besten Dank an die Interpellantin Manuela Leemann, die diese Fragen formuliert hat. Und eine Frage hätten wir noch gestellt, die ist nicht gestellt und sie ist auch nicht im Bericht enthalten; das ist die Kostenfrage.

Mein Vorredner hat es gesagt, innerhalb von acht Jahren sind rund 1'000 Plätze – 1'000 Plätze – in der Stadt Zug dazugekommen. Und alleine seit dem Schuljahr 2022/2023 sind es über 600 – das ist eine Steigerung von 60%. Eigentlich ist das sehr beeindruckend, was der Stadtrat hier vorlegt. Das entspricht nicht unseren Wünschen, das sei hier offen gesagt. Wir haben das immer kritisiert, diesen Ausbau, so wie er jetzt stattfindet. Dieser Ausbau ist offenbar der Wunsch dieses Parlaments und ist auch der Wunsch der Bevölkerung. Aber unserem Familienmodell entspricht es nicht.

Und wenn ich dann von der ALG die Kritik höre, dann möchte ich nachfragen: Wer hat eigentlich das Bildungsdepartement zwischen 2011 und 2022 geführt? Und da muss man natürlich dem jetzigen Stadtrat schon ein Kränzchen winden, was da in den letzten Jahren passiert ist. Auch wenn man sehr pragmatisch vorgegangen ist, Stichworte sind genannt worden: Seniorenzentrum Mülimatt, Miete eines Wohnhauses, Burghausaal und so weiter.

Und dann fragt man sich: Was wurde denn da eigentlich geplant? Wieso ist der Stadtrat heute in der Position, dass er derart improvisieren muss, damit er an dieses Ziel kommt, das offenbar politisch gewollt ist?

Die Fragen in dieser Interpellation, die sind alle korrekt, da ist überhaupt nichts einzuwenden. Wir sind mit der Stossrichtung nicht einverstanden. Wenn wir jetzt eine negative Kenntnisnahme der Interpellationsantwort machen, dann wäre das jetzt einfach Trötzeln. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es eine Abstimmung fürs Herti gab, die klar angenommen wurde. Dort wird jetzt der Betreuungspavillon in ein paar Wochen eingeweiht. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat in eigener Kompetenz als gebundene Ausgabe diese Aufstockung des Riedmatt – immerhin über CHF 1 Mio. soll das kosten – sich selber bewilligt. Ja, wir müssen das zur Kenntnis nehmen, sind da ein bisschen hilflos. Wir müssen anerkennen, dass da Arbeit geleistet wird und dass damit natürlich dem Wunsch der Bevölkerung nachgekommen ist.

Unser Modell hätte etwas anders ausgesehen, aber wir als Demokraten müssen akzeptieren, dass die Mehrheiten anders liegen. Und wenn wir auch negative Kenntnisnahme des Berichtes gemacht hätten, wäre es wahrscheinlich genauso herausgekommen wie bei der letzten Abstimmung, mit wenigen Ausnahmen wären wir unter uns geblieben. Aber wie gesagt, die Fragen wurden korrekt

beantwortet, die Leistung, die der Stadtrat hingelegt hat in wenigen Jahren, ist sehr beeindruckend. Das ist zuzugeben, auch wenn es nicht in unserem Sinne ist.

David Meyer

Wir haben jetzt ganz viel gehört, wie vor ein paar Jahren alle diese Betreuungsplätze gefehlt haben, wie hart es war in der Kita mit dem Sechser im Lotto und dann gar keine Möglichkeiten. Aber das Problem könnte sich durchaus selber auflösen, schauen Sie doch mal schnell über den See nach Hünenberg, die schliessen die Klassen. Nicht weil die das so machen, weil ganz einfach die Kinder nicht da sind. Und ich denke, wir müssen das mitnehmen. Ich habe hier schon mal ein längeres Votum über die Demografie gehalten. Wir sind am Vorzeichenwechsel an dieser Stelle. Das heisst, was wir jetzt vor ein paar Jahren noch erlebt haben, ist nicht linear und wird nicht mal exponentiell in die Zukunft führen. Nein, es ändert sich jetzt einfach das Vorzeichen. Wir werden eher Altersheime und Alterswohnungen – wir kommen nachher noch dazu – brauchen als Kitaplätze. Und deswegen ist hier ein Überhang einfach nicht angesagt. Und so ganz schlimm wie das jetzt getönt hat, wie die Kinder nicht die Räume haben und so weiter – das könnte sein, dass wir die Räume bei Gelegenheit durchaus im guten Mass bis Überfluss haben.

Etienne Schumpf, Stadtrat

Ja, in den letzten Jahren haben wir in der schulergänzenden Betreuung zusätzlich 660 Plätze geschaffen und konnten dadurch die Wartelisten deutlich reduzieren. Mit der Eröffnung des neuen Betreuungstraktes im Herti im Februar 2026 – dazu haben Sie heute die Einladung bekommen – und der geplanten Aufstockung des Betreuungspavillons im Riedmatt im August 2026 und dem zusätzlichen Betreuungspavillon im Kirchmatt auch dieses Jahr wird auch dort jedes Kind einen – und einen sehr guten – Platz bekommen.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei meinem Team bedanken, das meine ambitionierten Pläne auch immer mitgetragen und ausgeführt hat. Und ich möchte mich an dieser Stelle auch ganz herzlich beim Baudepartement und auch beim Finanzdepartement mit der Immobilienabteilung bedanken, denn diese setzen die Wünsche und die Bestellungen mit harter Arbeit jeweils um. Also auch an euch, liebe Eliane, lieber Urs, und an das Team, ganz herzlichen Dank, was da alles entstehen konnte.

Ja, die Betreuungsqualität – das ist sehr wichtig, was angesprochen wurde – ist nicht nur ausschliesslich von Raumqualität und Raumgrösse abhängig, sondern vielmehr auch von den Betreuungspersonen. Und auch da haben wir in der Stadt Zug das Glück, dass wir nicht nur top ausgebildetes, sondern auch top motiviertes Betreuungspersonal haben. Auch davon können Sie sich vor Ort am 13. Februar im Herti selber ein Bild machen.

Und ob man jetzt diesen Ausbau gut findet oder nicht – wir haben seit letztem Jahr vom kantonalen Gesetzgeber, vom Kantonsrat, den Auftrag – den hat jede Gemeinde –, ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot zu schaffen. Und da sind wir jetzt bereits sehr gut unterwegs.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Die Interpellation wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Nicht behandelte Geschäfte der Sitzung vom 18.11.2025

7.3 Motion D. Meyer, GLP, und Mitunterzeichner, vom 14. November 2024 betreffend «Residenzwohnungen und weitere Wohnformen für's Alter»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2969 vom 21. Oktober 2025

David Meyer

Besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung.

Wir haben offensichtlich bei den Motionären wie auch beim Stadtrat etwa die gleichen Ideen gehabt. Die haben gespriesst, und jetzt haben wir die zusammengelegt, in einem Gefäss gegossen quasi, in Form von dieser Beantwortung der Motion. Und uns gefällt die gut. Wir können darin lesen, dass wir nächsten Sommer eine genauere, konkretere Schlussberichtssituation haben. Dann wissen wir genau, wie es konkret wird. Ich sag mal, wir sind sehr gespannt. Der nächste Sommer kommt, der ist überschaubar nahe, und dann können wir dann über die konkreten Vorlagen auch befinden und Rückmeldungen geben. Das eine oder andere haben wir ja dann im Rahmen der Ortsplanung auch noch in der Hand.

In diesem Sinne besten Dank, und wir freuen uns auf den Schlussbericht im Sommer.

Patrick Steinle

Unsere Fraktion dankt den Motionären – das ist ein bisschen Eigenlob. Aber wir danken vor allem dem Stadtrat auch für diesen Bericht.

Zusammenfassend behauptet der Stadtrat, die Frage nach kleineren, altersgerechten Wohnungen werde mit der Altersstrategie angegangen und mögliche Standorte für solche Altersresidenzen wären eigentlich alle OelB-Zonen, wo auch preisgünstige Wohnungen realisierbar sein sollten.

Zur Altersstrategie gab es erst gerade einen Zwischenbericht. In diesem wurde vor allem die Frage erörtert, wie man die alten Alten, also Leute über 80, möglichst lange in ihren Wohnungen halten könne. Es braucht also einiges Vertrauen in den Stadtrat, dass da noch mehr kommt, nämlich die Strategie, wie man die jüngeren Alten, so um die Pensionierung rum, aus ebendiesen grossen Wohnungen herauslocken könnte, was ja Ziel dieser Motion ist.

Bezüglich möglicher Zonen und Standorte nehmen wir das Heft am besten im Rahmen der Ortsplanungsrevision selbst in die Hand und stellen entsprechende Anträge, notfalls auch in der 2. Lesung. Auch in Abhängigkeit davon, ob der Kanton günstige Wohnungen in den OelB-Zonen jetzt akzeptiert oder nicht.

Aber grundsätzlich freut uns, dass der Stadtrat dem Ansatz der Motionäre positiv gegenübersteht. Vermutlich ist das Potenzial beschränkt, über diesen Weg sehr viele Wohnungen freizubekommen, aber steter Tropfen höhlt den Stein. Und von altersgerechten Wohnformen, insbesondere auch innovativen, erhoffen wir uns nicht nur freiwerdende Wohnungen für jüngere, sondern auch einen Beitrag gegen die zunehmende Vereinsamung in unserer alt werdenden Gesellschaft.

Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und werden für die Erheblicherklärung stimmen.

Jérôme Peter

Ich lese hier noch das Fraktionsvotum, geschrieben von Albina Fässler, vor:

Namens der SP-Fraktion danke ich dem Stadtrat für Bericht und Antrag.

Wir unterstützen das Anliegen, altersgerechte Wohnformen voranzutreiben. Die demografische Entwicklung zwingt uns, neue Lösungen zu finden: betreutes Wohnen, Wohnen mit Service, gemeinschaftliche Wohnformen. Hier ist die Stadt gefordert, private Akteure zu beraten, zu unterstützen und die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Aber Residenzwohnungen im gehobenen Segment sind nicht Aufgabe der öffentlichen Hand. Sie sind berechtigt und haben ihren Platz, doch ihre Finanzierung und ihre Realisierung sollen durch private Investorinnen und Investoren erfolgen. Die Stadt soll sich nicht auf Luxusangebote konzentrieren, sondern auf die breite Bevölkerung. Wenn OeIB-Zonen für Alterswohnen vorgesehen werden, dann bitte für normalverdienende Seniorinnen und Senioren, nicht für hochpreisige Residenzen. Altersgerechtes Wohnen muss sozial durchmischt und bezahlbar sein, sonst verfehlen wir den Kernauftrag.

Der Fokus dieser Motion sollte deshalb klar auf den weiteren Wohnformen fürs Alter liegen – bezahlbare, vielfältige Angebote, die den Eintritt ins Pflegeheim verzögern, die Selbstständigkeit fördern und die stationäre Pflege entlasten.

Wir stimmen dem Vorantreiben der Planung zu, aber wir erwarten, dass die Stadt ihre Verantwortungen richtig setzt: Rahmenbedingungen schaffen, private Akteure einbinden, bezahlbare Lösungen fördern – nicht Luxusresidenzen finanzieren.

Florin Meier

Als Mitunterzeichner dieser überparteilichen Motion freue ich mich, auch im Namen der Mitte-Fraktion die volle Unterstützung für dieses wichtige Anliegen bekannt zu geben.

Die Ausgangslage ist klar: Die Bevölkerung in Zug altert, und zwar schnell. Bis zum Jahr 2045 wird sich die Zahl der über 80-Jährigen in unserem Kanton fast verdreifachen. Dieser demografische Wandel ist keine vage Prognose, sondern eine Realität, auf die wir uns heute mit konkreten Taten einstellen und darauf antworten müssen.

Wenn wir attraktive Residenzwohnungen mit Serviceleistungen schaffen, bieten wir Senioren und Seniorinnen eine echte Alternative zum Verbleib im oft zu gross gewordenen Einfamilienhaus oder in der grossen 5- oder 6,5-Zimmer-Wohnung, wenn es diese noch gibt. Dieser Umzug setzt wertvollen Wohnraum für junge Familien frei – eine klassische Win-win-Situation für die Stadtzuger Wohnpolitik. Ja, es schafft auch Selbstbestimmung und entlastet. Solche Wohnformen ermöglichen ein selbstbestimmtes Altern und helfen dabei, den Eintritt in ein Pflegeheim zu verzögern oder gar zu vermeiden. Das steigert nicht nur die Lebensqualität, sondern entlastet auch die stationäre Langzeitpflege massgeblich.

Und es ist noch machbar. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der Stadtrat die geforderte Umsetzung innerhalb von vier Jahren nach Rechtskraft der Ortsplanungsrevision zwar als ambitioniert, aber als grundsätzlich machbar eingestuft hat. Die Weichen sind mit dem Projekt somit bereits die richtige Richtung gestellt, wenn man uns fragt. Es gilt nun die Dynamik zu nutzen, um zeitnah geeignete Standorte für altersgerechtes Wohnen zu sichern.

Die Mitte-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats ohne Vorbehalte. Wir bitten Sie, die Motion erheblich zu erklären.

Norbert Schlumpf

Zuerst besten Dank dem Stadtrat für seine Antwort.

Im Grunde genommen ist diese Motion eine gute Sache, jedoch sind die Hauptpunkte der Motion bereits Bestandteil der Altersstrategie 2023 bis 2035. Der Kanton muss die Ortsplanungsrevision bewilligen inklusive die Bauzonen für Wohnformen im Alter genehmigen.

Auch glaube ich, dass die Idee in der Realität nicht funktioniert. Raumplanerisch mag es vielleicht Sinn machen, aber die praktische Umsetzung wird kaum gelingen. Auch jetzt, wo der Eigenmietwert in Zukunft wegfällt, ist dies schon gar nicht möglich.

Auch wird es schwierig, jemandem eine Residenzwohnung schmackhaft zu machen und in eine teurere oder unter Umständen kleinere Wohnung zu ziehen, wenn das Haus oder die Wohnung abbezahlt ist oder er jetzt einen tieferen Mietzins zu bezahlen hat.

Wir beantragen, den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis zu nehmen und die Motion erheblich zu erklären.

Daniel Blank

Herzlichen Dank für den Vorstoss und für die Beantwortung.

Auch die FDP kennt die Alterspyramide, da kommt einiges auf uns zu. Gerne bieten wir Hand und unterstützen liberale Lösungen fürs Wohnen im Alter. Wir befürchten aber, dass es da auch keine generellen Patentrezepte gibt. Also müssen wir wohl wachsam bleiben und sich bietende Gelegenheiten beim Schopf packen. In diesem Sinne freuen wir uns auf den Sommer 2026.

Barbara Gysel

Vielen Dank für die sehr positive Aufnahme dieser Beantwortung. Sie haben es im vorherigen Traktandum schon angesprochen, wir haben jetzt einen Switch gemacht, quasi vom frühen Lebensalter zum späteren Lebensalter. Und ich bin trotz der positiven Aufnahme auch durchaus froh, dass Sie eine gesunde Skepsis mitbringen. Diese Problematik, in der wir drinstecken, dass wir eben die altersgerechten Wohnformen haben, den Wohnraum mit den notwendigen Service- und Betreuungsleistungen – das ist eine äusserst anspruchsvolle Aufgabe. Wenn wir das quantitative Wachstum der Personen ansehen und die Machbarkeiten in der Stadt – Sie können mir glauben, wir sind in dieser interdepartementalen Arbeitsgruppe sehr intensiv am Arbeiten. Wir sind jetzt von einer Longlist zu einer Shortlist von verschiedenen Standorten gekommen. Es wird interdisziplinär intensiv gearbeitet, das können Sie mir glauben.

Aber wir werden tatsächlich keine Patentrezepte haben, wie Sie auch zu Recht gesagt haben. Und deswegen sind auch wir gespannt auf den Sommer, der bald kommt. Das ist korrekt. Aber ich glaube, es ist eines der grossen Themen, an dem wir alle zusammenarbeiten müssen.

Ich danke auch für die unterschiedlichen Aspekte, die Sie eingebracht haben.

Vielleicht als Ausblick: Die einen haben den Zeitplan erwähnt, der Sommer sei sehr nahe. Das ist so. Wir versuchen, Sie wieder mit einzubeziehen zum notwendigen Zeitpunkt, und Sie werden auch wieder Einladungen für Informationsveranstaltungen erhalten, wenn Sie Interesse daran haben.

Dann wurde die Frage der sogenannten Luxuswohnungen betont. Das kommt in der Beantwortung vor. Wir sind überzeugt, es braucht Service- und Betreuungsleistungen in allen Preisklassen, aber es werden unterschiedliche Rollen der öffentlichen Hand sein, die damit verbunden sind.

Und dann glaube ich, ganz am Schluss: Ja, Gelegenheiten am Schopf packen. Es kann vielleicht auch manchmal noch Optionen geben – «windows of opportunity» in Neudeutsch –, die wir ganz bestimmt auch prüfen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit für das Thema, fürs Mitverfolgen. Wir werden alle miteinander weiter daran sein.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Die Motion wird erheblich erklärt und von der Geschäftskontrolle abgeschrieben. Der Stadtrat hat gemäss § 42a der Geschäftsordnung das Motionsbegehren innert zwei Jahren zu erfüllen.

7.4 Postulat der FDP-Fraktion vom 4. Oktober 2024 betreffend «Zeitgemässes Recycling in Zug – Plastik und Getränkekartons jetzt nachhaltig entsorgen!»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2973 vom 28. Oktober 2025

Mathias Wetzel

Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine ausführliche Beantwortung unseres Postulats.

Wir begrüssen ausdrücklich, dass der Stadtrat und der Zweckverband Zeba die Bedeutung eines modernen und bürgernahen Kunststoffrecyclings anerkennen und nun konkrete Schritte zur Weiterentwicklung der Sammelinfrastruktur unternehmen. Besonders hervorzuheben ist das geplante Pilotprojekt ab dem 1. Januar 2027, womit eine zentrale Forderung unseres Postulats erfüllt wird – nämlich den Bewohnern dieser Stadt eine einfach zugängliche, kundenfreundliche und nachhaltige Entsorgungsmöglichkeit zu bieten.

Wir begrüssen zudem, dass die kostenlose PE-Sammlung beibehalten und gleichzeitig ein kostenpflichtiger Sammelsack – voraussichtlich jener von Recypac – für weitere Kunststoff-Fractionen eingeführt wird.

Auch wenn die technische Umsetzung, insbesondere an Quartierssammelstellen, derzeit noch Grenzen hat, anerkennen wir, dass der eingeschlagene Weg realistisch und wirkungsvoll ist. Die geplante Evaluation im Rahmen des Pilotprojekts schafft die Grundlage für eine mögliche spätere flächendeckende Einführung im ganzen Kanton. Damit wird eine langfristige Perspektive eröffnet, die im Sinne unseres Postulats liegt.

Wir erachten das Postulat daher als erfüllt und stimmen der Abschreibung zu.

Magdalena Carlen

Vielen Dank für den Bericht des Stadtrates betreffend zeitgemässes Recycling in Zug.

Wussten Sie, dass seit 1907 6,3 Milliarden Tonnen Plastikmüll produziert wurden? Dies entspricht einem Würfel mit einer Kantenlänge von fast zwei Kilometern. Davon landen pro Jahr neun Tonnen im Meer. Wenn das Recycling nicht vorangetrieben wird, schwimmen bis im Jahr 2050 mehr Plastik als Fische im Meer herum.

Was die Schweiz betrifft, ist der Plastikmüllberg dreimal höher als in anderen europäischen Ländern. In ihren Flüssen, Seen und im Boden liegt 4- bis 23-mal mehr Plastik wie im Meer. Das heisst laut BAFU-Schätzung 14'000 Tonnen Makro- und Mikroplastik in unseren Böden, Oberflächengewässern und den Sedimenten. Der Grossteil des Kunststoffs stammt aus Reifenabrieb, 8'900 Tonnen, gefolgt von Littering, rund 2'700 Tonnen, und zahlreichen weiteren Quellen.

Ein Lösungsansatz, um dem Plastikproblem etwas entgegenzusetzen, ist dieses Pilotprojekt. Es wird hoffentlich andere Gemeinden und Kantone zu mehr Recycling von Plastikabfall inspirieren, damit das Sammeln anschliessend flächendeckend eingeführt werden kann.

Damit viel Plastikmüll gesammelt werden kann, sollte der Preis des Sammelsackes möglichst günstig sein, damit die erforderliche Sammelmenge erreicht werden kann. Transnationale Konzerne wie die

Marken Nestlé oder Coca-Cola mit Sitz in Zug, welche massiv zur Plastikverschmutzung beitragen, müssen hier einen Beitrag leisten.

Zudem fragen wir uns, ob es für die Bevölkerung nicht einfacher wäre, wenn alle Verpackungsmaterialien zusammen entsorgt werden könnten, so wie in Deutschland in der gelben Tonne.

Deutschland gilt als Vorreiter in Sachen Recycling und Abfallwirtschaft und erzielt jährlich einen Umsatz von etwa 40 Milliarden Euro und sichert über 290'000 Arbeitsplätze in der Kreislaufwirtschaft. Auch ölproduzierende Länder wollen das Recycling und das Verbessern von Plastik ausbauen, allerdings aus einem anderen Grund: Erdöl kommt in der Klimakrise immer mehr als Brennstoff unter Druck. Um ihren Absatz zu sichern, setzen sie immer mehr auf Plastik.

Aber ohne eine drastische Reduktion von Plastikproduktion und -verschmutzung sind gleich mehrere Nachhaltigkeitsziele – von Klima über Biodiversität bis Gesundheit – nicht erreichbar.

Wie auf der Webseite der Stadt Zug steht, ist die beste Entsorgungslösung diejenige, die gar nicht benötigt wird. Da es bis jetzt nicht möglich ist, aus einer Plastikverpackung wieder eine ebensolche herzustellen, so wie das beim Glas der Fall ist, braucht es zusätzliche Lösungen. In der EU sind schon jetzt zum Beispiel Trinkhalme, Wattestäbchen, Besteck, Teller oder Becher aus Plastik verboten und in Basel oder Luzern wird Mehrweggeschirr und -becher bei öffentlichen Veranstaltungen verlangt. Greenpeace fordert, dass die Länder im Plastikabkommen dazu verpflichtet werden müssen, bis 2040 ihre Plastikproduktion um 75 % zu reduzieren. Die Schweiz gehört dabei zu den hoch ambitionierten Ländern, was uns Anlass zur Hoffnung gibt, dass die neuen Verordnungen des Bundes möglichst bald beschlossen werden und Anreize geschaffen werden, damit die Hersteller ihre Produkte recyclingfähiger produzieren und die Wiederverwendung erleichtert wird.

Trotz zunehmendem Recycling nimmt der Plastikkonsum in der Schweiz zu, darum ist es wichtig, dass neben der Information zum Pilotprojekt die Stadtzuger Bevölkerung weiterhin durch zusätzliche Aktionen oder Kampagnen dazu animiert wird, den eigenen Plastikverbrauch zu reduzieren oder noch besser darauf zu verzichten.

In diesem Sinne nimmt die Fraktion ALG-CSP den Bericht des Stadtrates positiv zur Kenntnis und befürwortet, das Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Manfred Pircher

Die SVP dankt den Postulanten für ihren Vorstoss und dem Stadtrat für seine umfassende Antwort.

Zu Punkt 1:

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Mitglieder von Recypac, das heisst alle aufgeführten Lieferanten, Grossverteiler wie Migros, Coop, Aldi, Lidl und so weiter, nach dem Verbraucherprinzip diese von Recypac entwickelten Säcke gratis abgeben müssen. Denn es kann nicht sein, dass der Verbraucher wieder einmal zur Kasse gebeten wird.

Damit werden Konsumenten möglicherweise noch vermehrt in die Pflicht genommen, die Produkte zu trennen.

Zu Punkt 2:

Wie der Stadtrat in seiner Beantwortung richtig schreibt, ist die Zeba für die Bewirtschaftung im Kanton zuständig. Seit Jahren wurden kostenpflichtige Abfallsäcke eingeführt, was eigentlich einer versteckten Steuer gleichkam, die aber vom Konsumenten zähneknirschend geschluckt wurde.

Es kann also nicht sein, dass sich der Verursacher aus der Verantwortung zieht und dem Konsumenten eine neue Sackgebühr aufzwingt. Denn es sind genau diejenigen, die immer mehr Verpackungsmaterial generieren. Das Ganze muss schweizweit eingeführt werden, wie es von einigen Nationalräten in verschiedenen Vorstössen gefordert wurde.

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt flächendeckend Sammelstellen schaffen muss und das Ökimobil nicht nur im Zentrum arbeitet, sondern alle Quartiere bedient. Denn die Stadt hört nicht in Oberwil auf.

Die Grünabfuhr hat bewiesen, dass es bis heute hervorragend funktioniert hat.

Der Stadtrat wird hiermit beauftragt, dies umzusetzen. Und dafür danken es ihm die Bürgerinnen und Bürger dieser schönen Stadt.

Die SVP ist für die Abschreibung des Postulats und dieses von der Geschäftsordnung zu streichen.

Daniel Marti

Besten Dank an die FDP für das vorliegende Postulat und besten Dank auch an den Stadtrat für den interessanten Bericht und Antrag.

Das Rezyklieren von gemischten Kunststoffabfällen ist ein viel diskutiertes Thema, das auch in Zug immer wieder aufgegriffen wird. Und daher wurden schon verschiedene Ansätze mehr oder weniger erfolgreich ausprobiert.

Klar ist: Langfristig kann das nur nachhaltig gelingen, wenn es wirklich wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll ist. Dies führt schlussendlich meistens zur Kernfrage: Macht es mehr Sinn, den gemischten Kunststoffabfall zu versuchen zu rezyklieren und mit dem Rezyklat dann ein meist minderwertiges Produkt zu produzieren – sogenanntes downcycling – oder macht es vielleicht mehr Sinn, den Mischabfall in einer KVA sauber zu verbrennen und daraus Wärme und Strom für unsere Energieversorgung zu produzieren?

Aus ökologischer Sicht scheint die Ausgangslage klar: Wird eine Tonne Plastik tatsächlich stofflich recycelt, können gegenüber der Verbrennung und der Herstellung von Neuplastik bis zu 1,5 Tonnen CO₂ eingespart werden. Dieser theoretische Vorteil ist unbestritten und bildet die Grundlage für viele, gut gemeinte Recyclinginitiativen.

In der Realität sieht das Bild jedoch deutlich komplizierter aus.

Erstens: In der Schweiz existiert leider keine Sortieranlage, die gemischten Kunststoff aus Haushalten umfassend verarbeiten kann. Das bedeutet: Das Material muss ins Ausland transportiert werden. Und: Nur ein kleiner Teil des gemischten Plastiks kann überhaupt stofflich verwertet werden, der grosse Rest wird trotz Sammlung letztlich halt dann im Ausland verbrannt.

Zweitens: Ohne eine umfassende Lebenszyklusanalyse kann der ökologische Mehrwert des Recyclings nicht bestimmt werden. Denn zur CO₂-Bilanz gehören nicht nur die Sortierung und das Recycling, sondern auch die Transportemissionen ins Ausland, der Energieeinsatz im Ausland und weitere Prozesse. Hier fehlen uns konkrete Zahlen, wie gross diese Emissionen bei den betrachteten Systemen tatsächlich sind.

Zudem, wie auch schon angetönt wurde, kann die Kostenstruktur und Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt werden.

Der Staat – respektive hier der Zeba und damit die Bevölkerung – investiert in die Recycling-Infrastruktur, während die Angebotsseite weiterhin billig verpacken kann. Dann transportieren wir ein billiges Material teuer quer durchs Land und über die Grenzen, um dann nur einen kleinen Teil davon stofflich zu verwerten. Das ist ökonomisch weder effizient noch verursachergerecht.

Zusätzlich erzeugt der Sammelsack einen psychologischen Nebeneffekt: Der Konsument kann sein schlechtes Gewissen sozusagen in den Sack stecken, und damit entsteht kein echter Anreiz, weder für den Produzenten noch den Konsumenten, den Plastikkonsum zu reduzieren. Das wurde auch schon gesagt: Das Problem wird also am Ende der Kette bearbeitet – anstatt am Anfang.

Wir sehen also, was anfangs offensichtlich und klar erscheint, entpuppt sich als eine komplexe Fragestellung. Und genau daher sehen wir das mit Recypac ins Auge gefasste Pilotprojekt als eine echte Chance. Wir können es nutzen, um konkrete Zahlen für Zug zu erhalten und eine fundierte Analyse zu ermöglichen. Wir möchten nämlich wissen:

- Wie viel CO₂ sparen wir tatsächlich?
- Wie steht es mit den Gesamtkosten und der Wirtschaftlichkeit?
- Wie gross ist der Anteil des Materials, das wirklich rezykliert wird?

Diese Analyse soll dann schlussendlich die Kernfrage beantworten: Lohnt sich das System aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht wirklich?

Mit der Aufforderung an den Stadtrat, eine solche Analyse tatsächlich zusammen mit dem Pilotprojekt auch durchzuführen und zu kommunizieren, nehmen wir von der GLP den Bericht dankend zur Kenntnis und unterstützen den Antrag, das Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Eliane Birchmeier, Stadtratsvizepräsidentin

Ich danke Ihnen vielmals für ihre Worte; sie treffen des Pudels Kern. Das Plastikrecycling, wie wir es jetzt anbieten können, oder das Pilotprojekt, das ist ganz sicher noch längst nicht das Gelbe vom Ei. Das ist uns im Stadtrat bewusst und das ist uns vor allem auch im Zeba bewusst. Ich vertrete dort die Stadt Zug im Verwaltungsrat und wir haben lange und intensive Diskussionen aufgrund dieses Postulats geführt. Soll man etwas machen? Oder soll man nicht einfach abwarten – es gab auch solche Stimmen – bis beispielsweise die Industrie mehr verpflichtet wird, weniger Plastik in Verpackungen einzusetzen oder eine vorgezogene Gebühr wie beispielsweise bei Haushaltsgeräten oder elektronischen Geräten eingeführt ist? Das könnte man, vielleicht passiert das dann tatsächlich mal, aber wir wissen, das wird nicht heute und nicht morgen sein, bis auf Bundesebene dann auch wirklich etwas kommt. Von dem her habe ich sehr interessiert zugehört und kann das bestätigen, auch die verschiedenen Voten.

Ich möchte noch etwas zur Gebühr dieses Plastiksacks sagen. Das haben wir auch überlegt: Soll der etwas kosten oder soll die Stadt die Gebühr übernehmen? Und da gibt es auch wieder ganz gute Gründe, die dagegen sprechen. Selbstverständlich könnte man auch unseren blauen Abfallsack gratis abgeben; wir würden das finanziell vielleicht sogar sehr gut verschmerzen, aber es ist eben auch eine Lenkungsmassnahme. Wenn ich einen Plastiksack oder den blauen Sack gratis erhalte, dann kümmert es mich eigentlich nicht mehr, was ich dann alles reinstopfe. Da kommt auch Papier rein und Karton und Glas und Aludosen etc. Und das sind halt Erfahrungen, die gemacht wurden. Und deshalb ist es absolut sinnvoll, auch Gebühren für diese Säcke zu verlangen. Beim Plastiksack würde ja viel dafür sprechen, dass wir keine Gebühr dazu verlangen, um das Plastiksammeln zu fördern, aber die Sortenqualität wäre vermutlich sehr viel schlechter.

Wichtig ist auch, dass Plastik getrennt wird. Nur so kann er heute einigermaßen sinnvoll recycelt werden. Und es gibt Methoden, um Plastik zu recyceln. Wenn die Plastiksammlungen – da habe ich das Beispiel von Deutschland gehört – dann eben nicht sauber getrennt sind, dann wird der Plastik am Schluss einfach verbrannt in der KVA. Das ist dann der günstige Weg und dann wird nicht recycelt. Und auch da ist die Industrie daran, die verschiedenen Plastiksorten zu vereinheitlichen oder dass Verpackungen mindestens nur noch aus einer Sorte und nicht aus verschiedenen Komponenten bestehen.

Ich bin gespannt, was da in Zukunft alles passiert. Wir im Stadtrat haben beschlossen, dass wir jetzt dieses Pilotprojekt lancieren möchten, dass es uns wichtig ist, damit auch wieder für das Thema Recycling sensibilisieren zu können.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

7.5 Postulat der FDP-Fraktion vom 11. September 2024 betreffend «Flächendeckende Abdeckung mit lebensrettenden Defibrillatoren»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2974 vom 28. Oktober 2025

Maria Hügin

Die FDP dankt dem Stadtrat für seinen klaren und gut strukturierten Bericht. Er zeigt nachvollziehbar auf, dass in mehreren Wohnquartieren weiterhin deutliche Lücken bei den öffentlich zugänglichen Defibrillatoren bestehen und dass mit elf neuen Geräten ein erster, wichtiger Schritt erfolgt. Wir freuen uns sehr, dass das Departement SUS unser Anliegen so schnell aufgenommen hat.

Positiv werten wir auch, dass der Stadtrat die Datenqualität ernst nimmt und die regelmässige Überprüfung der Standorte auf der Defikarte veranlasst hat. Gerade im Ernstfall ist es entscheidend, dass die Angaben verlässlich und aktuell sind, was bisher nicht immer sichergestellt war.

Mit dem Entscheid des GGR, zusätzliche CHF 40'000.00 im Budget 2026 zu bewilligen, können diese Bemühungen nun weiter gestärkt werden.

Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und stimmt dem Antrag zu, das Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Martin Iten

Ich lese Ihnen das vorbereitete Votum von Alt-Gemeinderat Johannes Hegglin vor – und grüsse ihn herzlich in die Gemeinderatspension.

Wir danken der FDP für das Einreichen des Postulats und dem Stadtrat für die positive Beantwortung, dass die Versorgungslücken geschlossen werden sollen. Wir begrüssen, dass künftig periodisch eine Überprüfung der Defibrillatoren-Situation stattfindet, und erhoffen uns ebenfalls eine Verbesserung der notfallmedizinischen Erstversorgung.

Wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

Esther Ambühl Tarnowski

Wir von der SP-Fraktion bedanken uns bei den Postulantinnen und beim Stadtrat für den Bericht. Die Postulantinnen haben hier ein wichtiges Thema aufgegriffen: Die Abdeckung mit Defibrillatoren ist in der Stadt Zug ungenügend.

Der Stadtrat hat den Auftrag angenommen und Abdeckungslücken gemäss Defikarte der Schweiz erkannt. Die Karte ist zwar nicht überall korrekt, auch hier besteht Handlungsbedarf. Die Versorgungslücken sollen in diesem Jahr nun gezielt angegangen werden. Neben neu geplanten Standorten – hoffentlich auch in den Randbereichen der Stadt – soll die Abdeckung auch über durchgehende Erreichbarkeit verbessert werden. So mutet es sonderbar an, dass es auf dem Kanti-Areal keinen Defibrillator gibt, der durchgehend erreichbar ist, wenn denn die Karte korrekt ist. Auf diesem öffentlichen Areal soll auch der Kanton seine Vorbildfunktion wahrnehmen. Zudem ist in Neubaugebieten für eine genügende Abdeckung zu sorgen. Grundsätzlich lohnt es sich wohl auch, zu prüfen, ob die Standards «alle 300 Meter», inklusive Naherholungsgebiete, oder «pro 500 Bewohnende» eingehalten sind. Das erhöhte Budget sollte nun dafür ausreichen.

Weiter soll die Karte regelmässig geprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Die Karte soll künftig in der Stadt Zug korrekte Angaben machen. Auch das ist wesentlich, denn für viele Helfende ist dies die erste Adresse, um möglichst schnell an einen Defibrillator zu kommen.

Kurz: Der Stadtrat hat das Problem erkannt und will es zügig angehen, damit möglichst viele Leben gerettet werden können.

Den Bericht des Stadtrats nehmen wir positiv zur Kenntnis und das Postulat kann aus Sicht der SP abgeschrieben werden.

Norbert Schlumpf

Aktuell sind 31 Defibrillatoren in der Stadt Zug montiert und im Einsatz. Für einen weiteren Ausbau mit elf Defibrillatoren in den Gebieten Oberwil, Giminen, St. Michael, Rosenberg, Herti und Guthirt sind die CHF 56'000.00 absolut gerechtfertigt. Jedoch müssen die Defibrillatoren rund um die Uhr zugänglich sein, damit sie ihren Zweck auch erfüllen können. In Gebieten mit grossen Menschenansammlungen ist allenfalls eine Anpassung vorzunehmen.

Noch ein paar Worte: Die SVP-Fraktion hat die zusätzliche Budgeterhöhung anlässlich der Budgetdebatte im Dezember 2025 für die Beschaffung von noch mehr Geräten aus ordnungspolitischen und nicht inhaltlichen Gründen abgelehnt. Der Antrag der FDP wurde bekanntlich trotz unseres Neins angenommen. Das zusätzliche Geld soll das zuständige Departement verpflichten, über die stadträtliche Antwort auf das FDP-Postulat hinaus zu prüfen, ob wirklich alle Gebiete gut abgedeckt werden, und allenfalls weitere Gerätestandorte definieren. Es darf natürlich auch der Rat einer sehr engagierten und im Thema versierten Bürgerin eingeholt werden.

Der Bericht des Stadtrates ist gut und aufschlussreich. Wir beantragen die Kenntnisnahme und das Abschreiben von der Geschäftsordnung. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Barbara Gysel

Auch hier besten Dank für die Unterstützung. Vielleicht im Anschluss an die Debatte zum Budget, das sie im Dezember verabschiedet haben, noch folgendes Update: Sie haben bekanntlich CHF 40'000.00 zusätzlich gesprochen. Es steht also ein Total von CHF 96'000.00 zur Verfügung. Wir sind aktiv am Planen, wo zusätzliche Defis installiert werden sollen. Wir sind da sowohl digital vorgegangen als auch im Dialog mit entsprechenden Personen und Partnern. Zusätzliche Defis, also zusätzlich zu jenen, die wir in der Antwort schon angedacht haben, sind geplant in den Gebieten Brüggli, Riedmatt, Ammannsmatt und Zugerberg, also durchaus über das gesamte Stadtgebiet. Und die Datenqualität, die angesprochen wurde, versuchen wir auch laufend zu verbessern. Ich habe gerade vor wenigen Tagen den Einblick erhalten. Wir haben jetzt diese Karten so aufbereitet, dass man diesen Radius von 300 Metern sieht. Das heisst, man kann diese quasi digital übereinanderlegen und erkennt relativ schnell, wo es eben noch Lücken hat. Und das werden wir entsprechend weiterverfolgen.

Ich möchte sagen, dass es innerhalb meiner Abteilung – wir haben dieses Thema aufgrund dieses Vorstosses neu übernommen, das war vorher nicht in der Sicherheitsabteilung angesiedelt – wirklich auch Personen hat, die sich jetzt sehr engagiert diesem Thema annehmen und es weiterbearbeiten. Da möchte ich an dieser Stelle auch einen herzlichen Dank aussprechen.

Wir haben neben den neuen Orten auch private Orte. Dort sind wir auch bereits an der ganz konkreten Planung mit den bestehenden Defis, die dann teilweise von geschlossenen Bereichen möglichst öffentlich zugänglich gemacht werden. In zwei Gebäuden der Stadt Zug und in einem

privaten Gebäude. Und wenn also auch Sie Kontakte haben von Privaten, zum Beispiel Unternehmen, die eben einen Defi in den Innenräumen haben, und wenn Sie einen Beitrag leisten können, dass sie vielleicht in den Aussenbereich verschoben werden, dann nur zu. Ich glaube, das ist ein gemeinsames Engagement. Besten Dank, es kann Leben retten.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

7.6 Postulat der FDP-Fraktion vom 17. Juni 2025 betreffend «Vorfinanzierungen vor der Inflation schützen und für zukünftige Generationen erhalten»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2972 vom 28. Oktober 2025

Alexander Kyburz

Wir danken dem Stadtrat für die kompakte und passende Antwort auf unser Postulat. Wir begrüssen es, dass der Stadtrat neben langfristigen Anleihen mit wenig Zinsertrag auch auf Vermögensverwaltungsmandate setzt. Die Mandate verfolgen eine konservative Anlagestrategie, was für staatliche Geldanlagen die richtige Wahl darstellt.

Aus Sicht der FDP-Fraktion kann die Anlagesumme in den aktuell vier Vermögensverwaltungsmandaten weiter zunehmen. Dabei sollte sich das Verhältnis zwischen langfristigen Anleihen und den Mandaten langsam zugunsten der Mandate verschieben. Bitte mehr davon. Dabei ist zu beachten, dass die Mandate einen grossen Anteil an Obligationen beinhalten und nicht ausschliesslich aus Aktien bestehen. Entsprechend wäre es passend, wenn der Anteil der städtischen Liquidität, welche in die Mandate investiert wird, zunehmen würde. In diesem Sinne nochmals: bitte mehr davon.

Marcus Bühler

Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht inklusive der Übersicht der externen Vermögensverwaltungsmandate, der Performance und den Erklärungen zum Finanz- und Verwaltungsvermögen.

Mit ihrem Postulat sucht die FDP einen Ausweg, die zweckgebundenen Mittel im Eigenkapital, die aktuell und gemäss Vorgaben nur sehr kurzfristig angelegt werden dürfen, mit einer Rendite von mindestens 1 % pro Jahr zu investieren. Dieses Ziel visiert sie zwar nicht expressis verbis im Postulat an, doch in der Realität ist dem so. Warum folgt.

Die SVP-Fraktion erinnert an dieser Stelle an die Ausführungen des Finanzchefs, Stadtrat Urs Raschle, der vor einer Tiefzins-, somit aktuell einer de facto Null-Performance gewarnt hatte, da zweckgebundene Mittel kurzfristig verfügbar sein müssen und somit auch kurzfristig angelegt werden. Der Wertverlust durch Inflation ist deshalb nicht nur eine Gefahr, sondern eine Tatsache. So weit stimmt die SVP-Fraktion mit den Postulanten überein.

Das Postulat ist aber unseres Erachtens nicht wirklich fachtechnisch sauber ausformuliert, denn es fordert den Stadtrat auf, dass er die für die Vorfinanzierung reservierten Beträge mit ausgewogenem Risiko am Finanzmarkt und inflationsgeschützt anlegt.

Das Risiko mit ausgewogen zu betiteln ist leider irreführend beziehungsweise verwirrend und müsste präzisiert werden. Denn perfekt ausgewogen wäre ja 50/50, sprich ein Anlagemix von 50 % Aktien und 50 % in festverzinslichen Werten. Eine solche riskante Anlagestrategie muss von unserer Fraktion abgelehnt werden, denn gerade im heutigen sehr labilen Anlageumfeld sind Wertverluste nicht auszuschliessen. Entsprechend defensiv ist die Anlagepolitik zu gestalten.

Wer dies wegargumentiert mit dem Einwand, es geht ja um sehr langfristige Anlagen für die künftigen Generationen, genauso steht es ja im Postulat, dem müssen wir das klassische Bonmot bezüglich Langfristigkeit entgegenhalten: «Langfristig ist nur eines sicher, nämlich der Tod.»

Was die Postulanten wohl anstreben – zumindest gehen wir in der Fraktion davon aus – ist ein Anlageresultat, welches inflationsbereinigt positiv ausfällt. Ganz konkret: Keine Performance-Höhenflüge, aber auch keine Abstürze.

Die SVP-Fraktion empfiehlt:

Erstens: Wie von der FDP gefordert, eine Anlagestrategie, die gesamtheitlich die zweckgebundenen Beträge berücksichtigt, sodass die Inflation, die aktuell bei 0,2 % pro Jahr liegt – die KOF-Schätzungen der ETH Zürich gehen künftig von 0,5 % pro Jahr aus – durch das erreichte Anlageresultat übertroffen werden kann.

Dabei erinnern Sie sich, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bitte an die durchschnittliche Inflationszahl von 1995 bis heute von 0,8 % pro Jahr. Somit müsste eben ein durchschnittliches Anlageresultat nach Kosten von mindestens 1 % pro Jahr erreicht werden.

Zweitens: Das zweckgebundene Eigenkapital langfristig zu binden beziehungsweise zu veranlagen, lehnen wir ab.

Die viel klügere Lösung ist, die nicht der Zweckgebundenheit unterworfenen freien Mittel so anzulegen, dass eine ähnliche Performance erwirtschaftet wird, wie wenn die Gesamtanlagen zu 100 % betroffen wären.

Wie geht das? Gemäss Bericht des Stadtrats werden die Finanzanlagen der Stadt Zug generell eher defensiv, also mittels BVG-25-Ansatz veranlagt. Dies unter Berücksichtigung der benötigten Liquidität für stetige und ungeplante Ausgaben beziehungsweise den Steuereinnahmen zugunsten der Stadt Zug, die unregelmässig über das Jahr hinweg anfallen.

Gestützt auf die BVG-Resultat-Daten rückwirkend seit 2008 bis heute sieht ein einfaches Rechenbeispiel somit wie folgt aus:

Die Stadt Zug verfügt über ein Eigenkapital von circa CHF 1 Mia. Nehmen wir als Beispiel an, dass 50 % davon in Cash beziehungsweise kurzfristig in Festgeldern angelegt sind. Das zweckgebundene Eigenkapital ist Teil dieser 50-Prozent-Quote. Der Rest, also die verbleibenden 50 %, sind im Tiefrisikosegment, BVG 25 oder vergleichbar, investiert.

Jetzt stellt sich normativ die Frage: Wenn der Cash-Anteil um CHF 100 Mio., sprich 10 %, steigt, da die Zuweisung vom freien Eigenkapital ins zweckgebundene Eigenkapital um 10 % wächst, wie viel BVG 40, somit ein höheres Risiko- und Ertragspotenzial, muss ich auf mich nehmen, um das gleiche Risiko-Ertrags-Verhältnis zu erhalten wie bei 50 % Cash und 50 % Anlagen investiert in BVG 25?

Die Antwort lautet, neu: 20 % BVG 25 und 30 % BVG 40.

Die Anlage-Mechanik ginge dann so: Jedes Mal, wenn die zweckgebundene Reserve sich verändert, also sinkt, weil etwas Geplantes aus dem zweckgebundenen Eigenkapital realisiert, das heisst bezahlt, wird, kann der BVG-40-Anteil verringert werden, um wieder mehr in den defensiven Bereich BVG 25 zu investieren.

Fazit: Aufgrund der aktuellen Tief- oder SNB-Nullzins-Situation sind die strategischen Anlageparameter so zu definieren, dass im freien Vermögen eine bessere Performance erzielt werden kann. Das zweckgebundene Vermögen muss kurzfristig verfügbar bleiben und darf nicht Marktschwankungen ausgesetzt sein.

Dies muss der Auftrag der Stadt Zug sein und bleiben. Nur so können künftige Generationen von einer Benachteiligung ausgenommen werden.

Wichtig bleibt, dass die externen Vermögensverwaltungsmandate jährlich analysiert und absolut wie auch relativ gewürdigt werden. Sollte eine Vermögensverwalterin eine anhaltende Minderperformance ausweisen, muss sie konsequent ersetzt werden.

Die SVP nimmt somit die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis und beantragt die Abschreibung von der Geschäftskontrolle.

Gabriela Furrer Auf der Maur

Ich kann Ihnen leider keine Anlageberatung anbieten. Ich mache einfach einen kurzen Kommentar zum Postulat.

Wie der Stadtrat in seiner Antwort auf das Postulat der FDP aufzeigen konnte, gibt es für das Anlegen der Vorfinanzierungen ein 10-Jahres-Investitionsprogramm mit verschiedenen Fristen im Hinblick auf die zu finanzierenden Investitionen. Die Vorfinanzierungen bilden Teil des Vermögens der Stadt Zug, dieses wird im Rahmen der Finanzstrategie und gemäss den geltenden Anlagerichtlinien nach einer ausgewogenen Strategie angelegt. Mit einer ausgewogenen Anlagestrategie bin ich vertraut. Ich kenne das nicht nur mit 50 % Aktien und 50 % anderswie. Da wurde ich heute eines Besseren belehrt.

Die ausgewogene Anlagestrategie der Stadt Zug ist zu begrüßen. Die verschiedenen Fälligkeiten von Festgeldern und Obligationen erlauben es der Stadt, zeitnah auf die nötigen Geldanlagen zurückzugreifen, wenn die Vorfinanzierungen benötigt werden. Die Vorfinanzierungen sind also Teil des städtischen Vermögens. Sie sind so gut angelegt und trotzdem schnell verfügbar.

Die Antwort des Stadtrates bezüglich des Anlegens der Vorfinanzierungen ist für uns schlüssig und das Postulat ist entsprechend abzuschreiben.

Daniel Marti

Ja, was können wir zum Postulat der FDP und zum Bericht und Antrag des Stadtrates sagen.

Einerseits sicher ein herzliches Dankeschön an die Regierung für die interessanten Fakten zur städtischen Finanzstrategie. Ich übertreibe sicher nicht, wenn ich behaupte, dass wir von der GLP nicht die einzigen sind, die etwas dazugelernt haben.

Andererseits glaube ich, müssen wir uns hier im GGR selber etwas an der Nase nehmen. Der Grund für das Postulat liegt nämlich hier, bei den CHF 95 Mio., die wir an der GGR-Sitzung vom 17. Juni 2025 zur Jahresrechnung unnötigerweise vom zweckfreien Eigenkapital ins zweckgebundene Eigenkapital in die Vorfinanzierung geschoben haben. Das geht zu 100 % auf unsere Kappe und hat dann auch dieses Postulat bewirkt. Der Finanzvorsteher hat uns damals gewarnt, dass diese Vorfinanzierung nicht nötig sei. Bei CHF 999 Mio. Eigenkapital ist das meiner Ansicht nach absolut plausibel. Und er hat uns auch gesagt, dass für Vorfinanzierungen restriktivere Anlagekriterien gelten, sprich reduzierte Finanzerträge zu erwarten sind. Wir haben damals diese Einwände aber nonchalant ignoriert.

Bei einem SNB-Leitzins von 0 % liegen nun auch die festverzinslichen Anleihen bei ungefähr 0 %. Bei CHF 95 Mio. bedeutet jedes Prozent reduzierter Finanzertrag CHF 950'000.00 oder gerundet CHF 1 Mio. Potenziell verlieren wir nun also Geld bei den Finanzerträgen.

Daher: Das nächste Mal also, wenn wir nahezu CHF 100 Mio. 100 in einem Ad-hoc-Entscheid hin- und herschieben, sollten wir uns der Konsequenzen vorher bewusst sein. Denn solche Hüftschussentscheide entgegen dem Anraten des Finanzvorstehers können arg ins Geld gehen.

Wir von der GLP nehmen nun den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis, danken noch einmal für die aufschlussreichen Informationen und unterstützen den Antrag, das Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Urs Raschle, Stadtrat

Ich danke auch hier für die grundsätzlich positive Aufnahme und die Lektion, die wir soeben erhalten haben bezüglich Anlagestrategie. Vielen Dank, Marcus. Ich muss gestehen, ich habe tatsächlich nicht alles verstanden, aber ich frage dann gerne nochmals nach. Aber im Grundsatz ist es schon so, zuerst geht es einmal darum, dass die Stadt Zug ihre Verpflichtungen erfüllen kann. Und dafür ist die Liquidität da. Deshalb muss die Liquidität eben auch vorhanden sein. Und gerade jetzt anfangs Jahr erhalten wir sehr viele Steuereinnahmen und dann müssen wir warten bis in den Sommer, bis die Steuereinnahmen wieder fliessen. Während dieser Zeit müssen wir aber sehr viele Rechnungen bezahlen, jeden Monat auch die Löhne und in jedem Quartal auch den berühmten ZFA-Betrag von rund CHF 25 Mio. Und gerade hier müssen wir aufpassen, dass wir keine Verzugszinsen provozieren.

Deshalb ist es mir und uns sehr wichtig, dass wir diese Rechnungen fristgerecht bezahlen können. Und an dieser Stelle muss ich gestehen, beim ZFA schaffen wir es, aber nicht immer bei allen Lieferantinnen und Lieferanten. Dafür muss ich mich entschuldigen. Es gibt teils Prozesse, welche noch verbessert werden müssen, damit uns dort keine Fehler passieren.

Wir erhalten aber jeden Monat sehr viele Rechnungen. Die werden kontrolliert, die werden dann auch kontiert und dann auch bezahlt. Und hin und wieder geht eben eine verloren.

In den letzten Jahren hat der Stadtrat aber bemerkt, dass tatsächlich ein Teil des Geldes nicht für die Liquidität verwendet werden muss und hat es dann bei diesen vier Bankinstituten angelegt. Das haben wir hier auch aufzeigen können. Gerade jetzt sitzen wir mit diesen Instituten zusammen und schauen die Performance vom letzten Jahr an. Und ich kann Ihnen verraten, die war ebenfalls nicht so schlecht und gibt der Stadt Zug wiederum einen kleinen Gewinn.

Spannend finde ich aber vor allem deine Aussage, Daniel, dass eben auch der GGR eine Verantwortung trägt, dass wir hier die Situation haben, dass die Stadt im schlimmsten Fall Geld verliert oder eben nicht so viel aus den Anlagen rausziehen kann. Trotzdem bin ich überzeugt, den Hauptzweck, weshalb wir diese Vorfinanzierungen gemacht haben, und auch die Verantwortung, dass das Geld dann vorhanden ist, wenn die Projekte umgesetzt werden können, die werden wir erfüllen. Und das ist ja am Schluss die Hauptaufgabe eines Staatsbetriebes.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

7.7 Interpellation D. Amrein, ALG, vom 31. Juli 2025 zum geplanten 'Abriss Bleichimattweg 6'

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2971 vom 28. Oktober 2025

Dagmar Amrein

Ich spreche sowohl als Interpellantin als auch für die Fraktion ALG-CSP.

Besten Dank für die Beantwortung der Fragen. Um es gleich vorwegzunehmen: Wir sind mit den Antworten nicht zufrieden. Das eher ausweichende Verhalten hat uns ein bisschen geärgert.

Zu den Fakten: Die Liegenschaft Bleichimattweg 6 ist seit 1960 im Besitz der Stadt Zug. In den vergangenen Jahren wurde der Unterhalt der Liegenschaft sträflich vernachlässigt, sodass das Gebäude heute in stark sanierungsbedürftigem Zustand ist. Es wurde wenig bis gar nichts saniert, weil die Liegenschaft im Einfahrtsbereich des Stadttunnels lag. Inzwischen wurde das Stadttunnelprojekt von 63% der Stadtzuger Bevölkerung abgelehnt. Die Ablehnung des Stadttunnels hat eine neue Ausgangslage geschaffen.

Ein weiterer Fakt: Das Gebäude befindet sich in einem Gebiet, das durch ISOS geschützt wird. Es wurde als Gebiet mit höchstem Schutzwert taxiert.

So weit, so gut. Dass man mit Investitionen vor der Tunnelabstimmung zögerlich war, kann man noch nachvollziehen. Nun aber hat die Stadt im Sommer 2025 ein Abrissgesuch gestellt, ohne dass ein Neubauprojekt vorliegt. Inzwischen wurde auch den langjährigen Mietern gekündigt. Der Stadtrat schreibt, eine Interessenabwägung würde im Rahmen des Abrissgesuches erst noch gemacht. Dieses Vorgehen kritisieren wir scharf.

Während in Zug dringend bezahlbarer Wohnraum gebraucht wird, soll hier ein Haus abgerissen werden, ohne dass ein konkretes Projekt vorliegt. Zwar wird von der Möglichkeit, weitere bezahlbare Wohnungen zu bauen, gesprochen. Solange aber ein konkretes Projekt nicht vorliegt, ist dies nichts mehr als heisse Luft. Ein Abrissgesuch auf Vorrat und die vorzeitigen Kündigungen sind in Zug mit seiner Wohnungsthematik schlicht verantwortungslos.

Auch der Umgang mit dem ISOS-Schutzstatus ist stossend. Auf die Frage 8 antwortet der Stadtrat, das Finanzdepartement sei in diesem Fall als private Eigentümerin zu behandeln. Wie bitte kommt man zu dieser Einschätzung, dass die Stadt als private Eigentümerin zu behandeln sei? Das ISOS ist behördenverbindlich und es dürfte kaum haltbar sein, dass die Stadt sich ihrer Pflicht, die Bausubstanz zu erhalten, entzieht.

Fazit: Wir sind auch nach der Interpretation nicht im Klaren, was der Stadtrat auf dem Gebiet der Bleichimatt 6 vorhat. Einen Abriss des ISOS-geschützten Gebäudes auf Vorrat lehnen wir ab. Dieses Vorgehen ist weder durchdacht noch nachhaltig. Wir erwarten von der Stadt als öffentliche Eigentümerin, dass sie mehr Verantwortung übernimmt und transparent kommuniziert.

Wir beantragen negative Kenntnisnahme.

André Bliggenstorfer

Die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Interpellantin für den Vorstoss und nimmt die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis. Wobei wir gestehen müssen, dass uns die – nennen wir es – «kreative Antwort» unserer Immobilienabteilung sehr verblüfft: Ein Nachfolgeprojekt oder eine Kostenschätzung für einen Neubau suchen wir vergeblich – erst mal abbrechen, denn das schafft die notwendige Klarheit, um weiterdenken zu können.

Das wäre, wie wenn die Coiffeuse im Parterre der Liegenschaft erst mal die Köpfe ihrer Kundinnen abrasieren würde, um dann ganz in Ruhe eine neue Frisur zu definieren. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen bestätigen, das funktioniert nur bei ausgeprägten Charakterköpfen.

Es ist lustig, wenn man hier vorne steht – beim Schreiben dieses Textes ist mir nicht aufgefallen, wie viele Charakterköpfe hier drin sind. Bei euch funktioniert das.

Aber Spass beiseite: Ein Abrissgesuch ohne genehmigungsfähiges Projekt ist keine Strategie, sondern Planlosigkeit in Reinform. Dass das Gesuch nun erst auf Druck einer Interpellation sistiert wurde, spricht nicht für die strategische Weitsicht des verantwortlichen Departements.

Dies führt mich zum Kern des Problems: Unsere FDP-Motion – Sie erinnern sich – vom September letzten Jahres hat eine neue Immobilienstrategie gefordert. Dieser Fall hier zeigt schmerzhaft auf, wie dringend nötig diese ist. Wir erwarten, dass die Strategie nun mit Hochdruck finalisiert wird, damit wir künftig ein strukturiertes Vorgehen statt teurem Aktionismus sehen.

Um beim Bild des Haareschneidens zu bleiben: Wir hoffen sehr, dass unser Coiffeurmeister seinen Salon zügig in Ordnung bringt, damit wir zukünftig gut strukturierte Projekte statt voreilige Kahlschläge sehen.

Wir unterstützen die negative Kenntnisnahme.

Esther Ambühl Tarnowski

Wir von der SP-Fraktion danken der Interpellantin. Sie stellt die Fragen, die uns über den Sommer auch umtrieben.

Warum? Dazu hat der Stadtrat nicht wirklich Antworten geliefert.

Wenn es wirklich nur um Klarheit gegangen wäre, hätte der Stadtrat, wie jeder andere Bauherr auch, eine Bauanfrage gestellt. Ein geeignetes Instrument, um vor einem Gesuch die wichtigsten Fragen zu klären. Auch hier: Warum?

Oder er hätte zumindest eine Ersteinschätzung bei der Baubewilligung einholen können. Die Wege im Stadthaus sind ja nicht so lang.

Das betroffene Gebiet hat einen hohen ortsbaulichen Wert. Der Stadtrat hat dies eigentlich erkannt, wie er es in den Unterlagen der Ortsplanungsrevision ausweist. Wieso nun aber der gleiche Stadtrat hier das Haus abreissen will, bleibt uns schleierhaft.

Und warum vorsorglich abreissen, obwohl völlig unklar ist, welche Entwicklung der Stadtrat überhaupt anstrebt? Diese Überlegungen könnte der Stadtrat doch auch mit bestehendem Gebäude anstellen. Zum Glück haben wir den Stadtrat zumindest dazu gebracht, eine Interessenabwägung vorzunehmen. Bedenklich allerdings, dass dies erst nach Intervention geschieht. Interessen ermitteln, bewerten, abwägen – das müsste doch die Grundlage jeder verantwortungsvollen Planung sein.

Dann wäre wohl auch klarer geworden, welche Nutzungen auf dem Areal sinnvoll wären. Oder will der Stadtrat seine Absichten schlicht nicht kommunizieren?

Zur Raumstruktur: Wurde je ein Anbau oder eine Erweiterung geprüft? Das könnte sowohl ortsbaulich als auch nutzungsmässig eine Chance sein – und nachhaltig obendrein. Ein vorsorglicher Abriss würde diese Option unnötig vernichten.

Und dann bleibt die Frage: Warum ein Abbruchgesuch mitten in der Sommerflaute? Schelm, wer Böses denkt... Aber der Gedanke lässt sich einfach nicht verdrängen. Schliesslich könnte sich der Stadtrat so elegant einem Problem entledigen, das weiteren Stadttunnelräumen des Stadtrates im Wege stehen könnte. Wie ehrlich und offen ist hier der Stadtrat mit uns? Mit der Bevölkerung? Dass der Stadtrat Frage 6 zur Tunnelthematik nicht beantwortet, verstärkt diesen Eindruck.

Die Antwort auf Frage 8 ist für uns nicht korrekt: Die Stadt ist nie einfach private Eigentümerin. Sie trägt immer eine Vorbildfunktion – auch im Finanzvermögen. Das zeigt sich nur schon, dass über das Grundstück keine Planungszone erlassen wurde. Das macht man, das hat man über die privaten Grundstücke gemacht.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen einen Abriss, wenn er wirklich nötig und sinnvoll ist. Hätte der Stadtrat 2015 das Resultat der Stadttunnel-Abstimmung ernst genommen, müssten wir heute wohl nicht über einen Abbruch diskutieren. Was aber klar ist: Der Stadtrat hat hier den Unterhalt sträflichst vernachlässigt. Es geht auch anders – das zeigt die Umgebung deutlich.

Der Abriss ist nun sistiert. Werden wir erfahren, wie sich der Stadtrat nach der Interessenabwägung entschieden hat? Oder müssen wir dies wieder aus dem Amtsblatt entnehmen – vielleicht in den Ferien?

Für uns ist klar: Antrag auf negative Kenntnisnahme.

Alex Odermatt

Die SVP dankt der Interpellantin für das Einreichen der Fragen.

Bei der Liegenschaft Bleichimatt 6 handelt es sich um ein Jugendstilhaus aus dem Jahr 1915, welches seit den 60er Jahren im Besitz der Stadt Zug ist. Leider muss aus heutiger Sicht festgehalten werden: Der Zustand und die verbleibende Substanz dieses Hauses sind schlecht. Wohl aus diesem Grund hat die Stadt Zug den Abbruch verfügt. Die BPK war und wurde nicht darüber orientiert. Der Abbruch wurde seit der Interpellation von Dagmar Amrain sistiert.

Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der verschiedenen Fragen und der Interpellation. Eigentlich hätte eine einzige Frage genügt, nämlich: Will die Stadt Zug die Liegenschaft retten, das heisst sanieren, oder abreißen? Die Antwort des Stadtrates interpretieren wir so, dass die Liegenschaft abgerissen werden wird. Denn eine Sanierung wäre viel zu teuer und aufwendig. Danach muss aber, da sind wir wohl alle einig, eine langfristige, sehr gute Lösung gefunden werden, wie auf der Baufläche Bleichimatt 6 nachhaltig und intelligent gebaut werden kann.

In diesem Sinne nehmen wir Kenntnis vom Bericht des Stadtrates und beantragen die Abschreibung von der Geschäftskontrolle.

David Meyer

Da haben wir also in der BPK sicher über eine halbe Stunde gehört, wie wichtig das ISOS ist und wie eng die Stadt das sieht und wie sehr, sehr sich an dieses ISOS hält. Ja, wir haben den Abend lang mit dem verbracht, Dokumente gewälzt. Das Gebäude steht in der ISOS-Zone – who cares.

Und dann gehen wir in der BPK auch ab und zu Projekte durch, jedes Jahr haben wir so Listen mit den Projekten, die vor uns stehen. Wir sind das eben gerade durchgegangen in der BPK, was da ansteht, aber da war kein solches Projekt drauf. Also einen Abend investiert, dafür dass wir nachher nichts wissen.

Und irgendwann in meiner Vergangenheit hat sich bei mir im Bauch mal ein kleines Glöcklein etabliert, das beginnt zu bimmeln, wenn man verarscht wird. Und je mehr man verarscht wird, desto lauter bimmelt das. Wenn es Ihnen jetzt geht wie mir, seien Sie schnell ruhig – vielleicht hören Sie es.

Und das sind so die Abläufe, die man so erlebt in dieser Stadt. Und das ist schon sehr bedenklich, was man da erlebt. Und in diesem Sinne, dass es dann gleich noch sauber ins tote Loch des Sommers platziert wird, dass wir es möglichst nicht merken – hören Sie es? Genau das meine ich.

In diesem Sinne danke ich für die Beantwortung.

Urs Raschle, Stadtrat

Ich spüre, die Zeit ist schon etwas weit fortgeschritten, die Voten ihrerseits sind auch nicht mehr ganz so mit höchster Qualität verstanden. Aber ich danke für die Unterhaltung.

Nein, Spass beiseite. Ich verstehe, dass sie teils nicht ganz glücklich sind mit der Situation, welche passiert ist. Von einer Verarschung zu sprechen, erachte ich jetzt persönlich doch als etwas zu übertrieben. Ich meine, aber ich bin mir nicht mehr ganz sicher, dass wir das damals in der GPK- und BPK-Präsentation bezüglich LIM-Bericht erwähnt haben, dass wir bei dieser Liegenschaft daran sind.

Es ist ja nicht ganz so, dass das einfach im letzten Jahr passiert ist. Dieser Prozess läuft schon etwas weiter. Mir war es aber wichtig, diesen Prozess nun eben in die Gänge zu bringen. Denn ich bin mir sicher, Sie alle sind nun zwischenzeitlich bei dieser Liegenschaft vorbeispaziert und haben es genauer angeschaut. Und sieh an: Den Balkon beispielsweise darf man nicht mehr benutzen. Das ist wirklich zu gefährlich. Das hat auch der Bericht im 2021 bereits aufgezeigt. Und da ist es doch eben genau in der Verantwortung einer Behörde, zu entscheiden, wie man mit der Liegenschaft umgeht. Saniert man sie und nutzt man somit die Räumlichkeiten, welche vorhanden sind, oder passt sie leicht an oder wagt man die gesamte Geschichte auf der grünen Wiese, ein neues Gebäude, welches – und das ist das Hauptziel – mehr Wohnungen bereitstellen kann, als es im heutigen Gebäude sind.

Es geht grundsätzlich darum, dass wir dort preisgünstigen Wohnraum erzielen können. Sie alle diskutieren jeweils während den GGR-Sitzungen intensiv über neuen preisgünstigen Wohnraum. Hier hätten wir – wenn ich die Worte von meiner Kollegin Barbara Gysel übernehmen darf – ein gewisses «window of opportunity». Und genau deshalb haben wir uns entschieden, dass wir eben ein Abbruchgesuch stellen. Und dies im Sinne, dass die Baubewilligung das anschauen muss, als wären wir ein privater Eigentümer. Das haben wir auch mit der Baubewilligung so besprochen, dass sie dies auch entsprechend so beurteilen müssen. Eben nicht, dass wir im selben Haus sind, sondern weil es dort um eine Liegenschaft geht, welche zwar der Stadt gehört, aber es geht ja um ein Abbruchgesuch. Das muss genau geprüft werden. Die Baubewilligung ist von selber auf uns zugekommen und hat gesagt, es gibt da Fragen. Deshalb haben wir uns auch für diese Sistierung entschieden.

Aber im Grundsatz geht es um etwas Gutes, um etwas Positives, das wir dort errichten wollen – beispielsweise preisgünstigen Wohnraum, vielleicht sogar Alterswohnungen.

Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir Sie darüber informieren werden, sobald wir hier weiter wissen, und je nachdem dann auch die Kommissionen benachrichtigen werden, wenn es konkreter wird.

Dass die gesamte Geschichte im Sommer passiert ist, dafür habe ich mich schon in den Medien entschuldigt. Ja, das war tatsächlich nicht die Absicht, das ist mir als Fehler unterlaufen, dafür entschuldige ich mich nochmals an dieser Stelle.

Aber geben Sie uns gemeinsam eine Chance, dass wir für diese Liegenschaft – sie hat es verdient – mittel- bis langfristig eine ganz gute Lösung finden können. Ich bin bereit, wenn Sie neue Ideen haben, kommen Sie damit auf mich zu. Wir sind da offen, mit Ihnen zu diskutieren.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 6

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 22 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 11 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 6

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat dem Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme zugestimmt hat.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats ablehnend zur Kenntnis genommen hat. Die Interpellation wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

8 Parlamentarische Vorstösse

8.1 Postulat der SVP-Fraktion vom 29. August 2024 betreffend «Damwild im Zurlaubenhof?» – JA!»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2976 vom 2. Dezember 2025

Die Beratung des Geschäfts wird auf die nächste Ratssitzung vertagt.

8.2 Interpellation von P. Steinle, ALG, und Mitunterzeichner vom 22. August 2025 betreffend «Umbau der Bushaltstelle Oberwiler Kirchweg»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2977 vom 2. Dezember 2025

Die Beratung des Geschäfts wird auf die nächste Ratssitzung vertagt.

8.3 Interpellation der Fraktion Die Mitte vom 17. Juni 2025 betreffend «Besetzung der kaufmännischen Lehrstellen- und Praktikumsplätze bei der Stadtverwaltung»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2980 vom 6. Januar 2026

Die Beratung des Geschäfts wird auf die nächste Ratssitzung vertagt.

9. Mitteilungen

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 24. Februar 2026, 17:00 Uhr

Für das Protokoll

Beat Werder, Stadtschreiber



Qualifizierte elektronische Signatur - Schweizer Recht

Beilagen:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 20. Januar 2026
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste